

Das Parlament

Berlin, 08. August 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 32-33 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Reise für die Demokratie

Nancy Pelosi Mit ihrem Besuch in Taiwan hat die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses vergangene Woche ein Signal gesetzt.



Angesichts anhaltender Drohgebärden aus Peking führte die 82-Jährige eine Kongressdelegation an, um gegenüber der politischen Führung in Taipeh die Unterstützung der USA auszudrücken. „Heute steht die Welt vor der

Wahl zwischen Demokratie und Autokratie“, sagte Pelosi. Chinas kommunistisches Regime betrachtet das demokratische Taiwan als Teil der Volksrepublik und setzt auf die diplomatische Isolation der Insel („Ein-China-Politik“). Peking hatte Pelosi vor einem Besuch, der auch in den USA umstritten war, gewarnt. Als Reaktion hielt China Militärmanöver rund um Taiwan ab, bestellte den US-Botschafter ein, verhängte Sanktionen gegen Pelosi und schränkte den Handel mit der Insel ein. scr

ZAHL DER WOCHE

13

Staaten weltweit und der Heilige Stuhl unterhalten diplomatische Beziehungen zu Taiwan (Republik China), darunter Guatemala, Haiti, Honduras und Paraguay. Die EU und die USA tun das nicht. Deutsche Interessen würden vor Ort vom Deutsche Institut Taipei wahrgenommen, schreibt das Auswärtige Amt.

ZITAT DER WOCHE

»Aggressive Rhetorik kann zu gefährlichem Handeln führen«

Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) warnte vergangene Woche in New York die chinesische Führung vor einer Eskalation in der Taiwan-Frage.

IN DIESER WOCHE

THEMA
Grafik Zahlen und Daten zum transatlantischen Bündnis **Seiten 4/5**

Polen Die Nato stärkt ihre Präsenz an der Ostflanke **Seite 6**

Abschreckung Im Ernstfall kann Deutschland US-Kernwaffen einsetzen **Seite 7**

Im Interview Ulrich Kühn über neues Wettrüsten und Diplomatie **Seite 9**

Erweiterung Finnland und Schweden vor dem Beitritt ins Bündnis **Seite 11**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



4 194560 401004

Putin ante portas

NATO Gegen die russische Bedrohung in Europa setzt das Bündnis auf Aufrüstung und Abschreckung

Krieg riskierend, Frieden diktierend sei er und Grenzen überschreitend, den Status quo nicht achtend, das Militär schnell einsetzend – so hat der Historiker Jürgen Osterhammel den Imperialismus des 19. Jahrhunderts beschrieben. Imperialistische Politik gehe von einer Hierarchie der Völker aus, von Starken und Schwachen: Deshalb sähen sich Imperialisten zivilisatorisch überlegen und zur Herrschaft über andere berechtigt. Spätestens nach dem 24. Februar 2022, dem Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine, muss man für Russland und seinen Präsidenten Wladimir Putin hinter allen Punkten dieser Definition wohl einen Haken setzen.

Für Europa ist das eine irritierende Erfahrung. Der Kontinent, der nach 1989/1990 auf eine Friedensordnung setzte, in der nicht das Recht des Stärkeren gelten soll, sondern die Stärke des Rechts, sieht sich mit einem Nachbarn konfrontiert, der für sich das Recht des „Sammelns russischer Erde“ beansprucht, als säße im Kreml ein Zar mit Krone, Apfel und Zepter unter dem Doppeladler und nicht ein gelernter Oberstleutnant des KGB und ehemaliger Vizebürgermeister. Der Zerfall der Sowjetunion bereitet imperialen Phantomschmerz, ein steter Quell revisionistischen Grolls. Die Nato-Erweiterung erscheint aus diesem Blickwinkel nicht als Bündnisentscheidung mündiger Mittel- und Osteuropäer nach 1989, sondern als Versuch, Russland zu spalten. Die Globalisierung? Eine westliche Agentin. Eine Ukraine, die nicht russisch sein will? Eine Washingtoner Intrige. Raketen auf Theater und Kliniken in Mariupol? „Fake News“ oder Provokationen ukrainischer „Bandera-Nazis“. Dieser Krieg, der aber übrigens gar keiner sei, sei Russland vom „kollektiven Westen“ aufgezwungen worden, so ließe sich das wohl zusammenfassen. Im Kreml schlägt die Propaganda Purzelbäume. Die gesamteuropäische Friedensordnung nach 1989 ist mit dem Angriff auf die Ukraine Geschichte. Sie lässt sich entlang der Meilensteine der Helsinki-Schlussakte 1975, der Charta von Paris 1990 bis zur Nato-Russland-Grundakte schildern. In ihrem Kern setzt sie auf ein auf Werte und Normen gestütztes Ordnungssystem, in dem Kooperation Konfrontation ersetzen soll und damit sowohl Prosperität als auch politische Stabilität erreicht werden sollen. Sicherheit durch wachsende Interdependenz, Wandel durch Handel – beides ist durch Russlands Krieg nicht Makulatur geworden, in Bezug auf den großen Nachbarn im Osten aber gescheitert.

Beistand Zu unerwartet neuer Geschlossenheit hat dieser Krieg im westlichen Militärbündnis geführt. Der Fokus liegt wieder auf der Kernaufgabe: die Verteidigung der Nato-Mitgliedsländer – die wechselseitige „Lebensversicherung“ der Beistandsverpflichtung, niedergelegt in Artikel 5 des Nordatlantikvertrages, der auf das in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen anerkannte Recht der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung aufbaut. Auf die Sorge der baltischen Staaten und Polens vor russischer Aggression hat die Nato zunächst eher erhalten und nun umfassend reagiert: Nach der russischen Krim-Annexion 2014 wurden im Rahmen der „Enhanced Forward Presence“ Nato-Kampfgruppen mit zusammen insgesamt knapp 5.000 Soldaten in diese Länder gewissermaßen als „Stolperdraht“ entsendet, die nun in jedem der vier Länder auf Brigadenniveau (3.000 bis 5.000 Soldaten) aufgestockt werden sollen – in Litauen unter Bundeswehr-Führung. Die schnell einsatzbereite und schnell zu verlegende Eingreiftruppe „Nato Response Force“ soll längerfristig von heute 40.000 auf 300.000 aufgestockt werden, darunter 15.000 Bundeswehrsoldaten. Sie setzt sich aus nationalen Streitkräften zusammen, untersteht im Ernstfall aber dem Nato-Kommando. Und: Schweden und Finnland, die bisher bündnispolitisch dezidiert blockfreien Länder, streben ins Bündnis. Wenn Putin die „Finnlandisierung Europas“ im Sinne hatte, so bekomme er nun die „Natoisierung Europas“ – so



US-Fallschirmjäger proben den Ernstfall vor idyllischer Kulisse in Italien: Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine Ende Februar stellt sich das transatlantische Verteidigungsbündnis nunmehr neu auf. © picture-alliance/NurPhoto/Beata Zawrzel/ZUMA/PRESS.com/Paolo Bovo/U.S. Army

hat es US-Präsident Joe Biden beim Nato-Gipfel in Madrid im Juni beschrieben. Für das Bündnis ist Russland seit diesem Gipfel die „größte und unmittelbare Bedrohung“. Mit Aufmerksamkeit wird die deutsche „Zeitenwende“ im Bündnis verfolgt, verstanden als Abkehr von ausgeprägter Rücksichtnahme auf Russland: Deutschland wird, mit Abstrichen und bei anhaltender Kritik aus Osteuropa, nicht mehr als unsicherer Kantontist mit



Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird.

Artikel 5 des Nordatlantikvertrages
4. April 1949

russischem Erdgas-Anschluss wahrgenommen, sondern als Land, das Verteidigungslasten mit einem „Sondervermögen“ in Höhe von 100 Milliarden zu schultern bereit ist und schwere Waffen an die Ukraine liefert. Die neue Bündnisentschlossenheit wirkt allerdings Fragen auf. So wurde die Nato noch vor gar nicht langer Zeit von prominenter Seite als Auslaufmodell bezeichnet; das reichte von „obsolet“ (Donald Trump, 2017) bis „hirmot“ (Emmanuel Macron, 2019). Die Kritik könnte zurückkehren. Denn für Europa hält die wachsende Rivalität zwischen den USA und China, die Sorge vor einem Teilerfolg der USA aus Europa, weiterhin unangenehme Fragen an die globale

oder auch nur kontinentale Projektion eigener Handlungsfähigkeit bereit. Sollen die Europäer die eigene Verteidigungsfähigkeit innerhalb des Bündnisses oder auch neben der Nato verstärken? Wenn sie letzteres bejahen, soll dies durch eine Bündelung der nationalen Streitkräfte und gemeinsame Rüstungsbeschaffungen geschehen oder durch eine eigens zu schaffende EU-Armee? Wären die EU-Staaten dafür bereit, Souveränität nach Brüssel zu übertragen? Und schließlich: Soll sich der Kontinent weiter der nuklearen Abschreckung im Rahmen der Nato anschließen oder ein eigenes, auf den Potentialen der Atomkräfte Frankreich und möglicherweise Großbritannien aufbauendes Nukleardispositiv entwickeln? Oder soll Europa im Gegenteil, wie dies nicht nur Pazifisten fordern, die Finger von dieser Büchse der Pandora lassen und sich dem Atomwaffenverbotvertrag anschließen?

Interventionen Auch das Kapitel, mit dem die Nato nach Ende des Kalten Krieges zu einem Interventionsbündnis avancieren wollte, enthält noch viele offene Fragen – sie reichen von den Nato-Luftschlägen gegen Serbien im Kosovokrieg 1999 ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates bis zum Desaster des Abzugs aus Afghanistan 2021, ein Einsatz, der nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 ursprünglich als erster Nato-Bündnisfall nach Artikel 5 begonnen hatte. Als der russische Präsident im April dieses Jahres UN-Generalsekretär António Guterres traf, verwies er auf das Vorbild Kosovo, auf das sich Russland mit seiner Anerkennung der „Volksrepubliken“ in Donezk und Luhansk völkerrechtlich doch berufen könne. Die Nato-Partner setzen darauf, die Ukraine mit Waffenlieferungen zu stärken und den

Preis für den Aggressor zu erhöhen. Es gibt dabei aber eine rote Linie: Keine Nato-Flugverbotszone, keine direkte Konfrontation mit russischen Truppen, die womöglich das Risiko eines nuklearen Konflikts heraufbeschwören würde. „Wir wollen, dass Russland so weit geschwächt wird, dass es zu so etwas wie dem Einmarsch in die Ukraine nicht mehr in der Lage ist“, sagte Pentagon-Chef Lloyd Austin im April. Es sind Aussagen wie diese, die eine nachvollziehbare Kritik befördern, die Ukraine werde „verheizt“. Der Ruf nach einem Verhandlungsfrieden, der in offenen Briefen formuliert wird, weicht allerdings der Frage aus, warum die Ukrainer es selbst sind, die so vehement die westlichen Waffenlieferungen einfordern. Und ob es für Russland überhaupt etwas zu verhandeln gibt.

Ökonomisch betrachtet ist die Atom- und UN-Vetomacht Russland ein Scheinriese. 2021 lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei 1,78 Billionen US-Dollar, das ist weniger als das BIP der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg zusammengekommen. Ob Maschinen, Fahrzeugteile, Elektronik und Elektrotechnik, Metallwaren, Mess- und Regeltechnik: Die westlichen Sanktionen treffen Russland empfindlich, auch wenn der Kreml anderes behauptet. Es ist ein ökonomischer Schock auf Raten, der auch das militärische Potenzial unterminieren dürfte. Die größte Panzerfabrik der Welt, Uralwagonsawod in Nischni Tagil, musste die Produktion neuer Kampfpanzer einstellen, weil westliche Komponenten-Lieferungen ausbleiben.

Versäumnisse Europa setzt wieder auf die Abschreckung und wird dafür in die transatlantischen Arsenale einzahlen. Ein russischer „Erfolg“ in der Ukraine, so sehen das die meisten, würde den Großreich-Appetit weiter anheizen. Dieser Krieg ist aber eben auch Ergebnis eines europäischen Scheiterns, transatlantischen Scheiterns und übrigens auch eines Scheiterns deutscher Energie-, Sicherheits-, Russlandpolitik. Dass es nicht gelungen ist, nach 1989 eine Friedensordnung in Europa mit Russland zu finden, über wechselseitige Bedrohungswahrnehmungen zu sprechen, Rüstungskontrolle und -begrenzung voranzutreiben, ist ein Versäumnis vieler Akteure. Den Preis für dieses Scheitern zahlen heute die Ukrainerinnen und Ukrainer. **Alexander Heinrich**

EDITORIAL Zurück zum Anfang

VON CHRISTIAN ZENTNER

Die Nato hat seit der Jahrtausendwende eine Achterbahnfahrt hinter sich. Vor etwas mehr als 20 Jahren griff Wladimir Putin noch die russische Idee eines Beitritts auf, es folgte die Gründung des Nato-Russland-Rates. Nie zuvor hat das Verteidigungsbündnis, 1949 gegen mögliche sowjetische Bedrohungen gegründet, so eng mit Russland zusammengearbeitet. Getrübt wurde dabei der Blick auf die Entwicklung des russischen Präsidenten hin zu jenem Mann, der Krieg als Mittel betrachtet, um seine Ziele zu erreichen.

Die Folge: Der Nato fehlte in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend ihre Begründung. Wofür Milliarden für eine Versicherung ausgeben, wenn das Schadensereignis ausgeschlossen erscheint? Der Rückhalt in den Bündnisstaaten ging kontinuierlich verloren, auch in Deutschland. Gegenüber den Meinungsforschern von YouGov befürworteten im Jahr 2019 gerade noch 54 Prozent eine Mitgliedschaft in der Nato. Ähnliche Werte gab es in Großbritannien, in Frankreich sank die Zustimmung sogar auf 39 Prozent.

Auch die Abstimmung unter den Nato-Partnern zeigte Risse. Nachdem mit den USA und der Türkei zwei Partner in Syrien ohne jede Absprache gehandelt hatten, beschleunigte Frankreichs Präsident dem Bündnis den Hirtod. Schon einige Jahre vorher hatte Donald Trump die Nato offen infrage gestellt.

Die Frage, ob es noch ein transatlantisches Verteidigungsbündnis braucht, scheint heute wieder klar entschieden. Die Begründung für das Bündnis ist bei seinen Anfängen angekommen, gebraucht wird eine transatlantische Lebensversicherung gegen mögliche russische Aggressionen. Lesenswert ist dabei der Gründungsvertrag, der ganz am Anfang stand und in Artikel 1 den Verteidigungscharakter der Organisation klar herausstellt. Die Idee eines kollektiven Sicherheitssystems auf einer solchen Basis wurde durch Russlands Aggression nicht nur wiederbelebt, sie ist moderner und mit dem kommenden Beitritt von Schweden und Finnland stärker denn je.

Der Verteidigungs- und Beistandswille ist der Garant für die Freiheit und Sicherheit der Bündnispartner. Auch deshalb formulierten der Bundeskanzler, der US-Präsident und der Nato-Generalsekretär denselben Satz: Wir werden jeden Zentimeter des Nato-Gebietes verteidigen. Die Zeiten sind vorbei, dass unsere Sicherheit weit weg am Hindukusch verteidigt wurde.



Für die Nato-Einsatzgruppe „Enhanced Forward Presence“ in Litauen sind 900 Bundeswehrangehörige entsendet, 350 weitere sollen folgen. © picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

BRAUCHT DIE EU EIGENE STREITKRÄFTE?

Langfristig planen

PRO



Christian Kerl, »Funke Mediengruppe«, Brüssel

Wenn sich das vereinte Europa im 21. Jahrhundert global behaupten will, braucht es eigene Streitkräfte. Nicht kurzfristig – aber als Teil einer nach außen handlungsfähigen Union ist eine europäische Armee, schnell und verlässlich einsetzbar, auf lange Sicht unverzichtbar. Die heute 27 Armeen in der EU sind zu teuer und ineffizient, ihr gemeinsamer Einsatz ist zu kompliziert: Die EU-Staaten geben jährlich über 200 Milliarden Euro für Verteidigung aus, trotzdem sind die Fähigkeitslücken groß, wie das Afghanistan-Desaster gezeigt hat. Die Pesco-Initiative, die ersatzweise die Zusammenarbeit der nationalen Armeen verbessern soll, bringt nur lähmend langsame Mini-Fortschritte. Mit einer eigenen, modernen Armee jedoch könnte die EU ihren geopolitischen Anspruch glaubhaft unterlegen und zugleich die Nato, die wichtig bleibt, bei Einsätzen in der Nachbarschaft entlasten. Sicher, für die EU-Staaten wäre es ein einschneidender Verzicht auf Souveränität. Aber ohne nationale Souveränitätseinbußen kann das vereinte Europa seine globalen Ambitionen sowieso nicht einlösen. Wenn Soldaten ihren Eid auf die EU schwören und die EU-Flagge auf der Uniform tragen – das wäre ein Schub für das vereinte Europa und ein Signal an die Welt. Die Hürden sind hoch, nur schrittweise ist das Ziel erreichbar: Die geplante Eingreiftruppe aus Soldaten der nationalen Streitkräfte könnte die Vorstufe sein, danach wäre eine Cyber-Brigade mit EU-Soldaten die Keimzelle für die neue Truppe. Sie könnte als anfangs 28. Armee zum Beispiel auch ein gemeinsames Raketenabwehrsystem betreiben. Das alles wird dauern. Aber wichtig ist zu wissen, wo man hinwill. Die EU braucht wieder Mut zu großen Zielen.

Es ist zu spät

CONTRA



Ulrike Winkelmann, »die tageszeitung«, Berlin

Natürlich klang die Idee einer europäischen Armee immer gut. Sicherlich wäre eine solche Armee auch die richtige Verkörperung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Eine EU-Streitmacht wäre zudem viel günstiger als die Addition der Nationalstreitmächte. Nur ist der Punkt überschritten, an dem es sich noch lohnen würde, diesen Plan zu verfolgen. Er frisst nur noch Zeit, Kraft und Nerven und gehört abgestellt. Mit Putins Angriffskrieg ist recht deutlich geworden, dass Europa genau eine Schutzmacht hat: die Nato. Die Nato ist so attraktiv, dass immer neue Staaten hineindrängen, und sie hat Strukturen, die von Nicht-Nato-Staaten respektiert werden. Nun ist auch die Nato schon bürokratisch genug – so wie jedes überstaatliche Gebilde sich stets in einen Suppenkessel widerstreitender Interessen und Verwaltungswüchse verwandelt. Irgendwann einmal mag es sinnvoll erschienen sein, einen zweiten, europäischen Kessel daneben zu stellen und zu schauen, wie er sich ebenfalls füllt. Inzwischen aber wirkt das unangemessen – um nicht zu sagen verrückt. Eine Nationalarmee wie etwa die Bundeswehr schafft es schlicht nicht, zwei solcher Systeme adäquat zu bedienen. Die Bundeswehr ist ja schon mit sich selbst überfordert. Wer meint, es sei innerhalb den nächsten hundert Jahre möglich, eine EU-Armee aufzubauen, schaue sich bitte an, was für unendliche Mühen notwendig waren und sind, um eine einzige EU-Battlegroup aufzustellen. Stattdessen gäbe es zur Profilierung einer europäischen Sicherheitspolitik ein lohnendes Ziel: Eine Stärkung der europäischen Stimme innerhalb der Nato. Das wäre in der Tat dringend nötig.

Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Babst, erst hirntot, nun durch Russlands Überfall auf die Ukraine wiederbelebt – teilen Sie diese Diagnose zum Zustand der Nato?

Hinter dieser provozierenden Aussage des französischen Präsidenten Macron stand die Sorge, dass das Bündnis seinen strategischen Fokus verloren hätte. Den hat es nun wiedergefunden. Auf dem Gipfeltreffen in Madrid hat die Nato ihre verstärkte Abschreckungs- und Verteidigungsbereitschaft gegenüber Russland unterstrichen. Der Krieg in der Ukraine und die strategische Auseinandersetzung mit dem Regime in Moskau stehen nun im Mittelpunkt ihrer Agenda. Das ist gut und richtig. Leider aber hat die Allianz wenig Konkretes beschlossen, wie sie den Verlauf des Krieges in der Ukraine und die Sicherheit so vulnerabler Partner wie Moldau und Georgien aktiv beeinflussen will.

Die Nato hat der Ukraine „so lange wie nötig“ Unterstützung im Kampf gegen Russland zugesagt. Das finden Sie zu wenig?

Dieses Versprechen ist für die Ukraine natürlich tröstlich, aber wenig konkret. Was soll das politische End Game sein? Der Kriegsverlauf wird weiter sehr dynamisch sein und die ukrainischen Streitkräfte sind in keiner guten Ausgangsposition. Die Nato müsste der Ukraine zumindest mit einem militärischen Konzept helfen, um sich zielgerichtet auf verschiedene Szenarien vorzubereiten. Doch in Madrid ist es bei der vagen Beschreibung „So lange wie nötig“ geblieben. Das Argument, das politische Endziel müsse die Ukraine selbst entscheiden, ist ja im Prinzip richtig, aber ohne westliche militärische Hilfe kann die Regierung in Kiew das nur bedingt tun.

Mehrere Partner, darunter Deutschland, wollen noch mehr schwere Waffen liefern.

Das geht für meinen Geschmack viel zu langsam voran. Mit der frühzeitigen Lieferung von Luft- und Raketenabwehrsystemen, Distanzwaffen und Panzern hätten sich die Ukrainer schon im April, als die zweite russische Großoffensive begann, besser verteidigen können. Jetzt wird es jeden Tag schwieriger, diese Waffensysteme und Munition an Ort und Stelle zu bringen. Russland verfügt über effektive Aufklärungsmittel, und nutzt diese, um Versorgungs- und Transportwege und Munitionsdepots in der Ukraine anzugreifen.

Die Sorge ist groß, durch Waffenlieferungen in einen direkten Konflikt mit Russland gezogen werden. Was ist falsch daran, eine Ausweitung des Krieges verhindern zu wollen?

US-Präsident Joe Biden hat mit seiner Aussage Ende Februar, die Nato werde nicht direkt in den Krieg eingreifen, die politisch-militärischen Parameter für den russischen Angriffskrieg gesetzt. Mit der gleichen Begründung hat das Bündnis etliche Wünsche der Ukrainer abgelehnt: von einer Flugverbotszone und den Schutz humanitärer Korridore bis zu einer Koordinierungsrolle bei Waffenlieferungen und Ausbildungsprogrammen. Das militärische Nichteingreifen der Nato ist zwar politisch nachvollziehbar, weil die Verbündeten um keinen Preis eine direkte militärische Auseinandersetzung mit Russland riskieren wollen. Aber diese Politik hat auch ihren Preis. Der Krieg hat bereits Tausende Menschenleben gekostet und Russland konnte nunmehr ein Fünftel des Territoriums erobern. Uns muss klar sein, dass unsere Reaktion in China, im Iran und anderen autoritären Regimen genau beobachtet wird. Dort fragt man sich, ob wir einen langen Konflikt mit Russland politisch und wirtschaftlich wirklich durchhalten können oder bereits jetzt eine „Ukraine fatigue“ eingesetzt hat.

»Das hat seinen Preis«

STEFANIE BABST Die Nato-Expertin warnt vor den Folgen des militärischen Nichteingreifens in der Ukraine und zunehmender Kriegsmüdigkeit



© Stefanie Babst

Was bedeutet das für den weiteren Verlauf des Krieges?

In den kommenden Wochen und Monaten werden beide Kriegsparteien primär damit beschäftigt sein, ihre Truppen aufzustockern und sich neu zu sortieren. Die russischen Streitkräfte werden ihre Angriffe sicherlich so lange fortsetzen, bis sie die gesamte Region Donezk unter ihre Kontrolle gebracht haben. Überdies rechne ich damit, dass sie auch Städte im Süden wie Odessa oder Charkow im Norden weiter angreifen werden. Auch Kiew könnte stär-

ker ins Zentrum russischer Raketenangriffe rücken. Mit einiger Sorge blicke ich außerdem auf den September. Dann will der Kreml sogenannte Referenden in den eroberten Gebieten durchführen, um danach deren Zugehörigkeit zu Russland zu proklamieren.

Wovon wird abhängen, ob die Ukraine sich besser verteidigen oder sogar zu Gegenoffensiven übergehen kann?

Davon, wie schnell sie ihre Truppenverbände wieder auffüllen kann und wie

schnell westliche Waffen an bestimmten Frontabschnitten stationiert werden können. Sorgen macht mir allerdings noch etwas anderes.

Was?

Wenn ich mir die gegenwärtige Diskussion über den Ukraine-Krieg in Deutschland anschau, dann befürchte ich, dass sie immer polarisierter und empathieloser wird. Die Frage, wer zu welchem Preis im Herbst in einer warmen Wohnung sitzen kann, verdeckt zunehmend, um was es im Kern geht: Wir haben Krieg in Europa! Mir scheint, dass Russlands „Spezialoperation“ längst in Deutschland angekommen ist. Moskau unternimmt alles, um gezielt Kriegsmüdigkeit und Ängste in der deutschen Öffentlichkeit zu schüren.

Zumindest gegen mögliche militärische Angriffe Russlands wollen die Nato-Staaten sich besser wappnen. Die Ostflanke wird verstärkt und eine schnell einsatzfähige Truppe mit bis zu 300.000 Frauen und Männern aufgestellt.

Das ist ein ambitioniertes Ziel. Bislang hat SACEUR, der Nato-Oberbefehlshaber in Europa, nur 40.000 schnell verlegbare und einsatzfähige Truppen unter seinem Kommando. Die geplanten 300.000 Streitkräfte werden combat-ready, sehr gut ausgebildet und schnell verlegbar sein müssen. Hinzu kommen die notwendigen Führungsstrukturen. Ich schätze, das wird für die meisten der künftig 32 Mitgliedstaaten eine Herausforderung werden.

China wird im neuen strategischen Konzept der Nato lediglich als „Herausforderung“ bezeichnet. Was steckt hinter dieser Formulierung?

Zum einen die Position der US-Regierung, die China als fundamentale Bedrohung sieht. Langsam scheinen aber auch europäische Regierungen zu begreifen, dass China nicht nur ein wichtiger Wirtschaftspartner, sondern ein wirtschaftlich-technologisch und militärisch potenter Rivale ist, der die internationale Ordnung verändern will – in enger Partnerschaft mit Russland. Schon jetzt ist die chinesische Präsenz in Europa mit zahlreichen Risiken verbunden – militärisch, energiepolitisch, infrastrukturell, durch hybride Aktivitäten oder Cyberattacken. Wir müssen uns besser und gezielter darauf vorbereiten und unsere Resilienz auf breiter Front verstärken.

Ex-US-Präsident Donald Trump nannte die Nato einst „obsolet“, er kann sich in zwei Jahren Hoffnungen auf eine Wiederwahl machen. Was würde seine Rückkehr für uns Europäer bedeuten? Der Ukraine-Krieg macht ja gerade sehr deutlich, wie stark die Sicherheit Europas von den USA abhängt.

Das ist eine zentrale Frage. Mit der Wahl Präsident Bidens ist der „Trumpismus“ leider nicht aus Amerika verschwunden. Das Land und seine Gesellschaft bleiben zu tiefst gespalten und fragmentiert. Sollte Biden geschwächt aus den Vorwahlen im November hervorgehen, würde das Wasser auf die Mühlen in Moskau, Peking und Teheran sein. In Europa würde ein solches Ergebnis sicher zu gemischten Gefühlen führen. Andererseits werden mit Finnland und Schweden zwei militärisch exzellent ausgestattete und solide Demokratien dem Bündnis beitreten und den europäischen Pfeiler in der Nato stärken. Das ist eine wirklich gute Nachricht.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Stefanie Babst ist strategische Beraterin und Publizistin. Bis 2020 war sie 22 Jahre lang in Führungspositionen für die Nato tätig, zuletzt leitete sie dort den Strategischen Planungsstab.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Durchstarterin: Marja-Liisa Völlers

Das sie ihren Vornamen nach einer finnischen Skilangläuferin erhalten hat, verwundert. Schließlich verläuft der politische Lebensweg von Marja-Liisa Völlers derart, dass man dabei eher an Siebenmeistertiefel als an Langlaufski denken muss. Es ist acht Uhr in der Früh, sie nimmt einen Schluck Kaffee, ein bis zwei Liter trinkt sie davon fast jeden Tag. „Eines meiner größten Laster“, sagt sie. 2009 trat Völlers in die SPD ein, online am Abend der verlorenen Bundestagswahl, 2015 saß sie im Unterbezirksvorstand im Landkreis Nienburg/Weser, 2017 wurde sie dort Vorsitzende – und im selben Jahr zog sie in den Bundestag ein. Dort startete sie als Bildungspolitiklerin, doch wurde die 37-Jährige wie alle vom Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine überrascht und macht seit dem 24. Februar eigentlich nur noch Verteidigungspolitik. Sie sitzt nicht nur im Ausschuss und ist Vizeleiterin der Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik ihrer Fraktion, sondern sie leitete auch die deutsche Delegation bei der Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der Nato in Vilnius. Anstelle der litauischen Hauptstadt war eigentlich Kiew als Tagungsort vorgesehen, aber das war vor dem Krieg.

mir Putin die historischen Erfahrungen, die osteuropäische Länder mit Russland früher gemacht hätten. „Die wollen in die Nato, weil sie um ihre Freiheit fürchten. Eine Mitschuld als umworbene Organisation kann ich wirklich nicht erkennen.“ Denkt man an die Nato, entstehen Bilder von Spitzentreffen vieler Staatschefs in Brüssel, von Generälen im Obersten Hauptquartier in Mons. Aber für Völlers ist die Parlamentarische Versammlung alles andere als nur ein Feigenblatt. „Wir sind ja al-



»Wir sind demokratische Staaten mit aktiven Parlamenten. Die Debatten der Nato müssen auch dort geführt werden.«

les demokratische Staaten mit aktiven Parlamenten“, sagt sie. „Dann müssen die Debatten der Nato auch dort geführt werden.“ Durch direkte Gespräche mit ihren Amtskollegen würden die Befindlichkeiten der jeweiligen Staaten anders gespiegelt, „deutlich authentischer“. Der Überfall Russlands macht in ihren Augen eine strategische Neuausrichtung der Nato notwendig. „Wer macht in der Nato was? Diese Frage ist zu stellen. Wir

sollten raus aus eher kleinlichen industriepolitischen Debatten und hin zu einem lösungsorientierten Ansatz.“ Dass Völlers in die SPD gehen würde, schien klar. Schon ihre Großeltern wählten die Sozialdemokraten. Im Lehramtsstudium für Geschichte und Englisch an der Uni Bielefeld entdeckte sie ihre Leidenschaft für Reformpädagogik. Es folgten nach dem Referendariat fünf Jahre als Studienrätin an einer Gesamtschule in Stadthagen, nahe ihrer Heimatstadt Bückeburg. Überhaupt die Heimat – sie scheint es ihr angetan zu haben. „Ich hatte die Region nur fürs Studium verlassen.“ Zur Verteidigungspolitik kam die Lehrerin, weil in ihrem Wahlkreis Nienburg II – Schaumburg Bundeswehrstandorte sind. Ihr Büro ist pragmatisch eingerichtet, ein Kalender, ein Plakat mit den Köpfen aller Abgeordneten, hinter dem Schreibtisch ein Foto von Willy Brandt. Der Kalender dürfte voll sein: Allein 13 Mitgliedschaften und stellvertretende Mitgliedschaften hat Völlers in Gruppen und Ausschüssen des Bundestages und der Fraktion. Hinzu kommen Mitgliedschaften im Kreistag und im Rat der Stadt Rehburg-Loccum und zwei Ehrenämter in der SPD. „Ich hab aber auch einiges abgegeben“, sagt sie, „im Ortsrat bin ich nicht mehr.“ Völlers räumt ein: „Das ist der Preis, den man zahlt.“ Der Tag habe ja nur 24 Stunden. Ihrem alten Hobby Tischtennis, das sie seit ihrem sechsten Lebensjahr im Verein spielte, frönte sie das letzte Mal vor vier Jahren. „Aber das passt schon. Als Lehrerin habe ich gelernt, Termine zu optimieren.“ Sie lacht. Und geht in den nächsten. Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
5. August 2022

Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brißler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (njk)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) cvr
Sandra Schmid (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.



Der französische Premierminister Pierre Mendès-France (Mitte) unterzeichnet am 23. Oktober 1954 die Vereinbarung zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Nato.

© picture-alliance/dpa/UPI

Stabil und flexibel

HISTORIE In mehr als 70 Jahren hat die Nato gelernt, sich Veränderungen der internationalen Ordnung anzupassen

Die Allianz ist eines der langlebigsten Bündnisse der neueren Geschichte. Sie überlebte das Ende des Kalten Krieges, in dem sie 1949 von den USA, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Italien, Kanada, Portugal, Norwegen, Dänemark, Island und den Beneluxstaaten gegründet worden war. Die Bundesrepublik stieß 1955 dazu. Nach dem beschlossenen, aber noch nicht vollzogenen Beitritt Finnlands und Schwedens (siehe Seite 11) werden der Nato die meisten europäischen Staaten westlich der Russischen Föderation, Weißrusslands und der Ukraine angehören. Drei Gründe waren ausschlaggebend für die Langlebigkeit der Allianz: die Vertragsorganisation, die politische Anpassungsfähigkeit und die Funktion als politische Klammer Europas.

Im Zweifel rangierte der politische Kompromiss vor militärischer Effizienz.

Vertragsorganisation

Die Allianz entstand als politische Wertegemeinschaft der westlichen Demokratien gegen die Sowjetunion und ihr osteuropäisches Imperium. Die Militärorganisation wurde erst 1950/51 vor dem Hintergrund des Koreakrieges geschaffen. Mit deren Ausbau entwickelte sich die von Amerikanern und Briten dominierte Allianz zum internationalen Akteur. Dabei rangierte im Zweifel der politische Kompromiss vor militärischer Effizienz. Das Bündnis sicherte die Rolle der USA als europäische Ordnungsmacht. Die Europäer akzeptieren bis heute einen amerikanischen General als Oberkommandierenden (Supreme Allied Commander Europe) und Sachwalter ihrer Interessen auch gegenüber den USA. Auf einen europäischen Militär hätten sie sich kaum geeinigt. Die USA waren bereit, größere finanzielle und militärische Lasten zu schultern als ihre Bündnispartner. Sie waren meist willens, die Sonderinteressen ihrer souveränen Partner zu berücksichtigen, um deren Zusammenhalt zu gewährleisten. Namentlich Frankreich konnte sich jedoch nur schwer mit der Dominanz der Amerikaner abfinden.

Stabilität im Wandel Das Bündnis lebte meist im Krisenmodus. In der Suez-Krise 1956 griffen London und Paris Ägypten an und wurden von den USA zurückgepfiffen. Die Dauerfehde zwischen den Mitgliedern Türkei und Griechenland belastete die Allianz. Während der direkten nuklearen Konfrontation mit der Sowjetunion in der Ku-

bakrise 1962 banden die USA die Bündnispartner kaum ins Krisenmanagement ein. Angesichts des nuklearen Gleichstands der Supermächte und der Debatte über eine flexible militärische Antwort auf eine mögliche sowjetische Aggression zweifelten viele Europäer an der Bereitschaft der USA, sie nuklear zu verteidigen. Frankreich verließ die Militärorganisation 1966. Der Vietnamkrieg und die Krise des amerikanischen politischen Systems nach 1968 schwächte die Allianz. Gleichzeitig bot sie den europäischen Mitgliedern die Plattform, um mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eine Phase der Entspannung voranzubringen. Die sowjetische Mittelstreckenrüstung spaltete nach 1980 die Gesellschaften vieler Mitgliedsstaaten, aber am Ende eben nicht die Allianz. Sie rüstete nach und trug damit zum Ende des Kalten Krieges bei. Die nur lockere Anbindung Russlands an die Nato nach 1990 sollte sich als Hypothek erweisen.

Die französische Initiative einer eigenen europäischen Militärstruktur schürte in den 1990er Jahren das Misstrauen der USA. Tatsächlich war es die Nato, die in den 1990er Jahren die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien beendete und dabei 1999 ohne UN-Mandat auch einen Krieg gegen Serbien führte. Die EU war an dieser Aufgabe politisch gescheitert. Der Terroranschlag in Manhattan 2001 schloss die Reihen der Allianz, die erstmals den Bündnisfall ausrief. Viele ihrer Mitglieder beteiligten sich an der Stabilisierungsaktion der Nato in Afghanistan. Der Entschluss der USA, 2003 die Diktatur im Irak militärisch zu beseitigen, stellte dagegen vor allem die Solidarität der europäischen Bündnispartner untereinander auf eine harte Probe. Die russische Annexion der Krim 2014 leitete das Ende europäischer Illusionen ein, Konflikte allein durch Verhandlungen und Abkommen ohne machtpolitische Unter-

stützung lösen zu können. Denn die Ukraine hatte 1994 die auf ihrem Boden stationierten Atomwaffen an Russland abgetreten, das ihr im Gegenzug territoriale Integrität zusicherte. Der Versuch der Allianz, über die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus hinaus die archaische Gesellschaft Afghanistans nach westlichen Wertvorstellungen zu modernisieren, endete 2021 im Desaster eines fluchtartigen Rückzugs. Dieser vielleicht größte Misserfolg in einer langen Erfolgsgeschichte wurde rasch überlagert durch den russischen Angriff auf die Ukraine. Russland will verhindern, dass diese sich ebenfalls der Allianz und der EU anschließt. Erreicht hat es damit vorläufig nur die Stärkung der NATO.

Interne Spannungen liegen im Wesen einer Allianz souveräner und demokratischer Staaten. Dass die einzelnen Mitgliedsstaaten ein unterschiedliches Gewicht bei den politischen Entscheidungen haben, ändert nichts an dem Interessenkalkül auch des kleinsten Mitglieds. Der Mehrwert an äußerer Sicherheit und politischer Gestaltungskraft soll größer sein als die Einbuße an Souveränität durch die Verpflichtung gegenüber der Allianz. Bündnispolitik ist die Fortsetzung nationaler Interessenpolitik mit anderen Mitteln. Sie zielt auf maximalen Einfluss zu minimalen Kosten. So hatte das Bündnis stets die Sonderinteressen der Mitgliedsstaaten zugunsten des gemeinsamen Bündniszwecks maximaler äußerer Sicherheit und inneren Zusammenhalts zu integrieren. Die Mitgliedsstaaten ihrerseits verfolgten ihre Partikularinteressen zunehmend innerhalb der Allianz. Damit entwickelte diese in mehr als sieben Jahrzehnten die Fähigkeit, sich an Veränderungen der internationalen Ordnung anzupassen.

Klammer Europas Nach 1919 hatten die USA die geschwächten, oft revisionistischen Staaten sich selbst überlassen. Am Ende teilten das nationalsozialistische Deutschland und die stalinistische Sowjetunion den Kontinent unter sich auf. Nach 1945 fürchteten Europäer und Amerikaner, dass die Vereinten Nationen die westeuropäischen Demokratien nicht gegen die verbliebene totalitäre Herausforderung durch die Sowjetunion werten könnten. Setzte die Allianz ihren Schwerpunkt in der Sicherheitspolitik, organisierte die Europäische Gemeinschaft die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bis heute wird die EU durch einen supranationalen Anspruch und eine meist intergouvernementale Praxis geprägt. Ansätze einer integrierten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sind über Anfänge nicht hinausgelangt. Mit seiner unspektakulären Rückkehr in die Militärorganisation 2009 dokumentierte

Frankreich seine Einsicht, dass es zu dieser vorläufig keine wirksame europäische Alternative gab. Folgerichtig ist das Bündnis bis heute die sicherheitspolitische Klammer, die die vielen mittleren und kleinen Staaten Europas zusammenhält und ihnen ein hohes Maß an Sicherheit und Souveränität vermittelt. Der rasche Zusammenbruch des Warschauer Pakts und der Sowjetunion 1991 sowie das verhaltene Interesse der USA hatten die Integration Russlands in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem verhindert. Die meisten ehemaligen Verbündeten der Sowjetunion strebten unter das Dach der Alli-

anz, um nicht erneut in den russischen Machtbereich abzudriften. Das zusehends autoritär regierte Russland nahm die Osterweiterung als Einkreisung wahr. Die demokratischen Staaten Osteuropas ihrerseits sahen sich durch den Angriff Russlands auf die bündnisfreie Ukraine in der Überzeugung bestätigt, dass nie eine politische und militärische Alternative zur Mitgliedschaft in der Allianz unter dem nuklearen Schutzschirm und der Führung der USA bestand.

Glaubwürdig abschrecken Wie vor drei Jahrzehnten muss diese ihre möglichen Gegner glaubwürdig konventionell und

nuklear abschrecken. Nur so wird die Nato Aggressionen gegen ihre Mitglieder verhindern und damit erneut die Voraussetzung für Entspannung und politischen Ausgleich auf der Grundlage der Souveränität schaffen. Das kann nach wie vor allein auf der Grundlage einer hinreichenden politischen Schnittmenge zwischen dem nordamerikanischen und dem europäischen Kontinent gelingen – eine Lehre des Kalten Krieges.

Dieter Krüger

Der Autor ist außerplanmäßiger Professor für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam.

Es gilt das Primat der Politik

BÜNDNIS-STRUKTUR Die militärische Organisation ist nur die eine Seite der Allianz

Jens Stoltenberg kennt man in Deutschland als „Mr. Nato“: Der Generalsekretär der Allianz preist die Nato gern als „erfolgreichstes Verteidigungsbündnis der Welt“, „Friedensmaschine“ oder „Stabilitätsanker“. Stoltenberg ist seit acht Jahren das öffentliche Gesicht der Nato und zusammen mit dem Generalsekretariat auch ihr Exekutivorgan. Doch ein richtiger Chef mit Befehlsgewalt ist der Norweger nicht, ein solches Amt gibt es gar nicht: Die Nato hat eine komplizierte Organisationsstruktur, die bei der Gründung 1949 im Nordatlantik-Vertrag nur in Grundzügen festgelegt, später ausgebaut und mehrfach verändert wurde. Zentrales Prinzip ist die intergouvernementale Zusammenarbeit, bei der die Mitgliedsstaaten keine Souveränitätsrechte abgeben. Die Nato unterhält deshalb auch kaum eigene Streitkräfte. Prinzip zwei: Die Nato gliedert sich in eine politische und eine militärische Organisation, wobei das Primat der Politik gilt. Der politischen Organisation gehören alle Mitgliedsstaaten an. In der militärischen Organisation aber ist Island kein Mitglied; Frankreich war es vier Jahrzehnte nicht, nachdem Charles de Gaulles 1966 den Ausstieg verkündet hatte. Als Konsequenz verlegte das Bündnis ein Jahr später sein Hauptquartier von Paris nach Brüssel. Dort ist es bis heute, auch wenn Frankreich 2009 in die militärische Organisation zurückgekehrt ist.

In Brüssel hat nicht nur der jeweils für vier Jahre gewählte Generalsekretär seinen Sitz, sondern auch der Nato-Rat als oberstes Entscheidungsgremium. Er tagt einmal jährlich auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, mehrmals im Jahr auf Ebene der Außen- oder Verteidigungsminister – und mindestens einmal wöchentlich auf Botschafter-Ebene. Entschieden wird im

Konsensverfahren ohne formelle Abstimmungen: Schweigen gilt als Zustimmung. Bedenken teilen die Mitgliedsstaaten dem Generalsekretär mit, der dann Kompromisse suchen muss. Auf militärischer Ebene ist der Militärausschuss mit den Stabschefs der Bündnisstaaten die höchste Instanz. Seine Beschlüsse setzen ein internationaler Militärstab um und auf einer dritten Ebene die beiden Kommandobehörden als strategische Hauptquartiere: Das Allied Command Operations mit Sitz in Mons bei Brüssel, das alle Operationen plant und durchführt, und das Allied Command Transformation in Norfolk/Virginia, das für die Steuerung von Konzepten und Fähigkeiten zuständig ist. Der Oberbefehlshaber in Mons, der Supreme Allied Commander Europe (SACEUR), hat im Bedarfsfall das operative Kommando über die der Nato zur Verfügung gestellten Streitkräfte, aktuell ist es US-General Christopher Cavoli: Sa-

ceur ist immer ein amerikanischer General, während der Generalsekretär stets aus der Riege europäischer Politiker stammt. Die Militärs müssen berücksichtigen, dass die Nato-Mitglieder selbst entscheiden, mit welchen Fähigkeiten sie sich am Bündnis beteiligen. Doch hat die Allianz abgestimmte Leitlinien und Planungsziele für die nationalen Streitkräfte, aufbauend auf dem „Strategischen Konzept“. Eine große Rolle spielt auch die Vereinbarung, dass sich alle Nato-Staaten bis 2024 bei den Verteidigungsausgaben „auf den Richtwert von zwei Prozent“ des Bruttonationalproduktes „zubewegen“. Diese Quote, die Deutschland nur mit dem beschlossenen Sondervermögen von 100 Milliarden Euro erreichen wird, dürften aber eine Reihe von Staaten verfehlen.

Christian Kerl

Der Autor ist EU- und Nato-Korrespondent der Funke-Mediengruppe in Brüssel.



Politik trifft Militär: Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) Ende Juni im Gespräch mit Spitzen-Generälen der Nato

© picture-alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka



ABRÜSTUNGSVERTRÄGE

New START

Am 8. April 2010 unterzeichneten US-Präsident Barack Obama und Russlands Präsident Dmitri Medwedew in Prag den bis 2020 gültigen New-START-Vertrag (Strategic Arms Reduction Treaty) über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen Angriffswaffen. Dieser sieht ab der Ratifizierung des Vertrages für die nächsten sieben Jahre eine Reduzierung der Anzahl der atomaren Sprengköpfe von 2.200 auf je 1.550 und die Anzahl der Trägersysteme von 1.600 auf 800 vor. Ende Januar 2021 unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin eine mit den USA ausgehandelte Vereinbarung zur Verlängerung von New START, um fünf weitere Jahre. Anfang Februar 2021 unterschrieb auch US-Präsident Joe Biden.

ABM-Vertrag

Der ABM-Vertrag von 1972 war ein Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (Anti-Ballistic Missiles). Am 13. Juni 2002 traten die USA einseitig vom Vertrag zurück, nachdem sie, wie vertraglich festgelegt, sechs Monate zuvor eine Absichtserklärung abgegeben hatten, in der sie dem Vertragspartner – dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion, Russland – den Rücktritt ankündigten.

INF-Vertrag

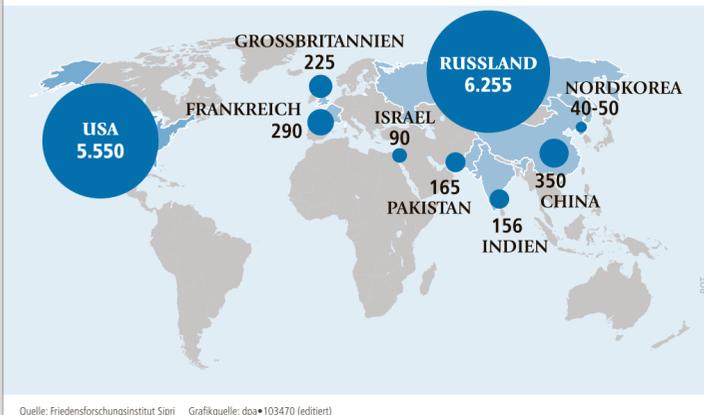
Der INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (Intermediate Range Nuclear Force) bezeichnet ein Bündel bilateraler Verträge und Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion/Russland über die Vernichtung aller boden- und landgestützten Flugkörper kürzerer und mit mittlerer Reichweite zwischen 500 bis 5.500 Kilometer. Der Vertrag wurde am 8. Dezember 1987 von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Generalsekretär Michael Gorbatschow unterzeichnet. Nach gegenseitigen Vorwürfen des Vertragsbruchs in den 2020-Jahren erklärte US-Präsident Donald Trump am 1. Februar 2019 offiziell den Ausstieg aus dem INF-Abrüstungsvertrag.

KSE-Vertrag

Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt vom 19. November 1990 legte Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme fest, die in Europa vom Atlantik bis zum Ural stationiert werden dürfen. Er führte nach seinem Abschluss zu drastischen Reduzierungen der Bestände an Waffen, die für Offensivzwecke einsetzbar sind. Für die Kontrolle wurde ein Verifikations-system vereinbart, das Informationspflichten und Inspektionen enthält. Nach der Auflösung des Warschauer Paktes und des Zerfalls der Sowjetunion wurde am 19. November 1999 eine Anpassung des KSE-Vertrags von den Teilnehmerstaaten unterzeichnet. Dieser Vertrag (A-KSE) wurde zwar von den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Russland, Belarus, Ukraine und Kasachstan) ratifiziert, nicht aber von den NATO-Staaten. Russland setzte im Dezember 2007 die Umsetzung des KSE-Vertrags und des Anpassungsabkommens aus.

Atomare Rüstung

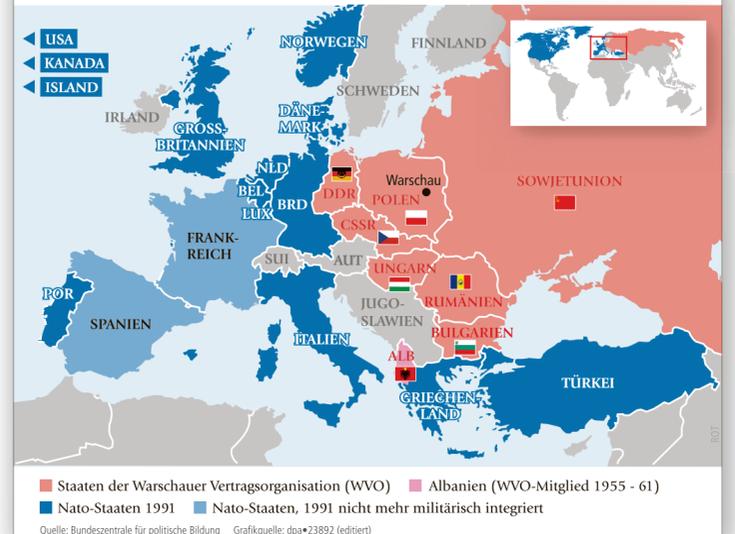
Anfang 2021 besaßen neun Länder geschätzte **13.080 Nuklearwaffen**, davon waren **3825** einsatzbereit.



Quelle: Friedensforschungsinstitut Sipri Grafikquelle: dpa*103470 (editiert)

Der Warschauer Pakt

Im Jahr 1955 unterzeichneten die kommunistischen Staaten Osteuropas in Warschau den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Das Militärbündnis sollte ein Gegengewicht zur 1949 gegründeten Nato sein. 1991 löste sich die Warschauer Vertragsorganisation auf.



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung Grafikquelle: dpa*23892 (editiert)

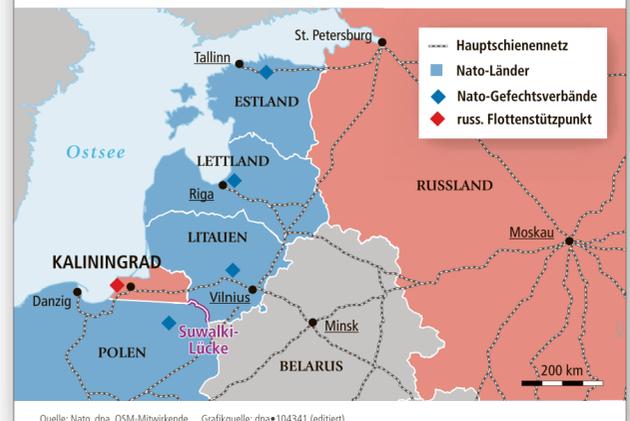
Geld fürs Militär

Länder mit den höchsten Militärausgaben im Jahr 2021 in Milliarden US-\$

Länder	Militärausgaben (Mrd. US-\$)	Anteil am BIP*
USA	801	3,5 %
China	293	1,7
Indien	77	2,7
Großbritannien	68	2,2
Russland	66	4,1
Frankreich	57	1,9
Deutschland	56	1,3
Saudi-Arabien	56	6,6
Japan	54	1,1
Südkorea	50	2,8
Italien	32	1,5
Australien	32	2,0
Kanada	26	1,3
Iran	25	2,3
Israel	24	5,2

Quelle: Friedensforschungsinstitut Sipri Grafikquelle: Globus 015357 (editiert) *Bruttoinlandsprodukt

Die russische Exklave Kaliningrad

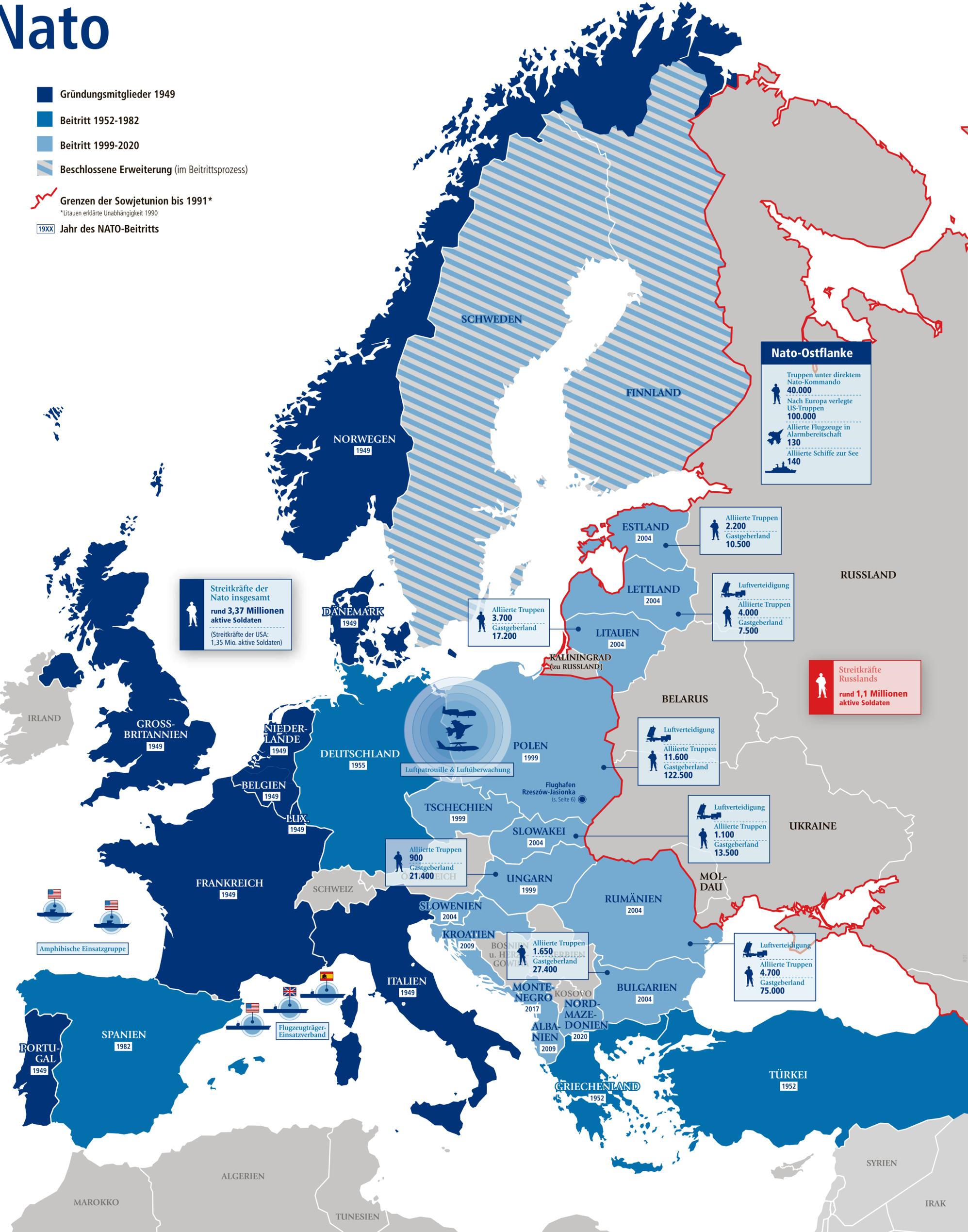


Quelle: Nato, dpa, OSM-Mitwirkende Grafikquelle: dpa*104341 (editiert)



Nato

- Gründungsmitglieder 1949
- Beitritt 1952-1982
- Beitritt 1999-2020
- Beschlossene Erweiterung (im Beitrittsprozess)
- Grenzen der Sowjetunion bis 1991*
*Litauen erklärte Unabhängigkeit 1990
- 19XX Jahr des NATO-Beitritts



Motoren heulen auf, hart gebremste Reifen hinterlassen dicke Rauchwolken, Tankflugzeuge kreisen am Himmel, um die Nato-Jets in der Luft mit Kerosin zu versorgen. In Rzeszow-Jasionka wird seit Ende Februar oft im Viertelstundentakt gelandet und gestartet. Der kleine Regionalflughafen am Fuß des Karpatenaufläufers Bieszczady ist im Zuge des russischen Angriffes auf die Ukraine zum wichtigsten Flughafen Polens geworden. Rund 80 Kilometer weiter östlich beginnt die Ukraine. Dorthin liefern die USA, Großbritannien, Kanada und weitere Nato-Mitglieder, darunter seit kurzem auch Deutschland, Waffen und Munition für den Abwehrkampf der Ukrainer gegen die russische Armee. „Wir helfen der Ukraine, solange es nötig ist“, hat US-Präsident Joe Biden auf dem Nato-Gipfel in Madrid bekräftigt. Und so ist der kleine Flughafen in Rzeszow das wichtigste Drehkreuz für Waffenlieferungen sowie Hunderte von US-Soldaten mit „Patriot“-Raketentaffeln geworden, die diese Rettungsleine der Ukraine bewachen. Biden hat die Truppen Ende März besucht, vor ihm war schon US-Außenminister Antony Blinken dort. Das unterstreicht die für die Nato strategisch wichtige Lage der bisherigen Randregion im Osten Polens.

Plötzlich Frontstaat Polen ist mit Beginn des Krieges am 24. Februar zum Nato-Frontstaat geworden. Es grenzt nicht nur über 535 Kilometer an die Ukraine, sondern im Nordosten auch über 232 Kilometer an die russische Exklave Kaliningrad (Königsberg), die von Moskau hochgerüstet wird. Hinzu kommen 418 Kilometer Grenze mit Belarus, dessen Langzeitdiktator Aleksander Lukaschenko seit der Protestwelle von 2020 auf Moskau angewiesen ist und deshalb sein Gebiet der russischen Armee für Luftangriffe auf die Ukraine bereitgestellt hat, mit der es eine 891 Kilometer lange Landgrenze teilt. Anfang Juli hat Lukaschenko Polen mit einem Einmarsch von Truppen gedroht, falls sein Land „proviziert“ würde.

Russische Bombardierungen zweier ukrainischer Militäranlagen in Grenznähe – ein Flugfeld in Sambir und eine Ausbildungsstätte für internationale Freiwilligentruppen bei Jaworiw – haben die Alarmglocken in Polen laut schrillen lassen. Auch die Slowakei, die im Osten auf knapp 100 Kilometer an die Ukraine grenzt, hat trotz heftigen Widerstands in der Bevölkerung ein Gesetzespaket verabschiedet, das US-Truppen zwei Flugplätze zur Verfügung stellt. Dazu wurde im Rahmen der bereits 2016 beschlossenen „Nato Enhanced Forward Presence“ nach Polen und den drei Baltischen Staaten Litauen (unter Führung der Bundeswehr), Lettland und Estland eine 1.000-köpfige Nato-„Battlegroup“ in Grenznähe stationiert. Selbst Ungarn hat einer „Battlegroup“ zugestimmt, die es allerdings vor allem mit eigenen Soldaten zusammenstellt. Dazu kommt eine zusätzliche Nato-„Battlegroup“ von 1.000 Mann in Rumänien, das mit 601 Kilometern in der EU die längste Grenze zur Ukraine hat. Eine weitere internationale Nato-Truppe von 1.000 Mann kommt nach Bulgarien. Dies unterstreicht, wie sehr sich die Länder an der Nato-Ostflanke durch die russische Invasion bedroht fühlen.

Flüchtlinge Verstärkt wird das Gefühl der mehr als drei Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Laut UNHCR



Verstärkte Präsenz: Ein US-Luftwaffentransporter im Anflug auf einen Flughafen in Polen © picture-alliance/NurPhoto/Mateusz Wlodarczyk

Diffuse Ängste

POLEN Die Nato stärkt ihre Präsenz an der Ostflanke

hat allein Polen rund 1,25 Millionen Ukrainern einen Flüchtlingsstatus verliehen, allerdings halten sich nach Schätzungen mindestens ebenso viele ukrainische Flüchtlinge ohne offiziellen Status in Polen auf. Die meisten Flüchtlinge leben in Gastfamilien, viele berichten vom Horror des Krieges, von Erschießungen, Folterungen und Vergewaltigungen durch russische Soldaten. Das erinnert an Verbrechen der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg, die in Polen und im Baltikum heute teils noch ein Tabu sind. Unter Historikern ist unstrittig, dass sowjetische Soldaten damals viele Frauen und Mädchen vergewaltigt haben.

Kaliningrad Gut 400 Kilometer sind es vom Dorf Nekielka bis zur russischen Exklave Kaliningrad, knapp 700 Kilometer

bis zur ukrainischen Grenze. Nur 40 Kilometer entfernt, im Osten der Wirtschaftsmetropole Poznan, sind zwei Staffeln F-16 Kampfbomber stationiert. Sie gehören den polnischen Streitkräften und steigen seit 2008 immer dann mit viel Krach in den Himmel, wenn die Russen wieder einmal den Luftraum Polens oder der Baltischen Staaten verletzt haben. Die Posener reden ziemlich ernst vom „Sound of Freedom“. Manche Einwohner stören sich daran, dass die Fliegerstaffeln nur fünf Kilometer vom Stadtzentrum entfernt stationiert wurden. Allen ist aber klar, dass die russische Luftwaffe schon seit Jahren die Nato-Reaktion testet. Im Internet geklickt werden gerne Texte mit Titeln wie „Russischer Chefbeamter droht Polen“. Kürzlich hat die Boulevardzeitung „Fakt“ wieder einmal indirekt von einem möglichen rus-

sischen Überfall auf Polen gewarnt. „Ich denke, wir machen an der Grenze zu Polen halt“, wird in dem Blatt der Vizevorsitzende der russischen Duma zitiert.

Angst und Mut Es ist ein Gemisch zwischen dem Erlebnis als Nato-Frontstaat und diffusen Ängsten als Folge der Flüchtlingswelle, die nach gut 150 Tagen Krieg in der Ukraine ebenso Angst wie Mut in Polen befeuern und die sich auch in Meinungsumfragen ablesen lassen. So befanden sich kurz nach Kriegsbeginn laut dem Meinungsforschungsinstitut IBRI 23 Prozent der Polen, das Risiko, dass sich der Krieg auf Polen ausweiten könnte, sei „sehr groß“. 51 Prozent sprachen von einem „mittleren Risiko“, nur 25 Prozent sahen „keine Gefahr“. Auch befragten Mitte Juni laut dem Meinungsforschungs-

institut „Social Change“ 61 Prozent der Polen Waffenlieferungen an die Ukraine, während nur 23 Prozent diese ablehnten. Gar 80 Prozent der Polen wollen feste Nato-Basen im Land. Seit der russischen Invasion im Nachbarland hat sich zudem die Zahl der Bewerber für die 2017 gegründete Zivilverteidigung (WOT) vervielfacht. Die WOT-Freiwilligen sind bereit, eine einmonatige Ausbildung auch an der Waffe zu durchlaufen sowie eine Woche Wiederholungskurs pro Jahr, für einen bescheidenen Sold von umgerechnet 100 Euro pro Monat. Von einem gestiegenen Interesse an Schieß- und Erste-Hilfe-Kursen berichten kommerzielle Anbieter.

Verteidigungskonzept Die Regierung hat auf die neue Bedrohungslage reagiert und im Mai einen Leitfaden mit dem Titel „Sei vorbereitet – Ratgeber für Kriegs- und Krisenzeiten“ herausgegeben. Er kann auf dem Portal des staatlichen „Sicherheitszentrums“ heruntergeladen werden. In dem Leitfaden wird erklärt, was in einen Notkoffer gehört. Der Sejm, Polens Parlament, verabschiedete bereits im März in seltener Eintracht ein neues Verteidigungskonzept, mit 455 von 460 Stimmen. Das „Gesetz über die nationale Verteidigung“ sieht eine Verdoppelung der Streitkräfte von bisher 150.000 Berufssoldaten durch freiwillige Zeitsoldaten vor. Die vor ein paar Jahren aufgehobene Allgemeine Wehrpflicht wurde allerdings nicht wieder aktiviert. Im Gesetz wird festgehalten, dass die Verteidigungsausgaben ab 2023 mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen müssen. Im laufenden Jahr dürfen die Ausgaben bei nicht weniger als 2,2 Prozent des BIP liegen. Zudem bekommt Polen gemäß dem Nato-Beschluss von Madrid erstmals seit seinem Nato-Beitritt vor 25 Jahren feste US-Truppenbasen. Die bisherige Rotationsbasis aus Rücksicht auf den Kreml wurde verworfen. Das V. Korps der US-Truppen in Europa zieht noch in diesem Jahr nach Poznan, rund 300 US-Soldaten werden dort fest stationiert.

Suwalki-Lücke Kein ausgereiftes Konzept scheint die Nato dagegen für die sogenannte „Suwalki-Lücke“ zu haben. Der nur 65 Kilometer breite Landstrich an der litauisch-polnischen Grenze zwischen der russischen Exklave Kaliningrad und Belarus ist die einzige Landverbindung zwischen dem Baltikum und den übrigen Nato-Staaten. Der Landstrich gilt als Achillesferse der Sicherheitsarchitektur und wirft regelmäßig die Frage auf, ob das Bündnis willens und in der Lage wäre, das Baltikum gegen Russland zu verteidigen. Noch 2010 wurde eine in der Umgebung der Stadt Suwalki stationierte polnische Panzer-Division verkleinert. Erst 2019 hat die nationalkonservative Regierung dies korrigiert. Dennoch ist die polnische und damit auch die Nato-Präsenz in der Region gering. In der ersten Juli-Woche besuchten zwar die beiden Staatspräsidenten Andrzej Duda (Polen) und Gitanas Nausėda (Litauen) gemeinsam eine mobile, internationale Befehlseinheit des „Nato-Kommandos Nord-Ost“ im polnisch-litauischen Grenzort Szpiliszki. Doch TV-Aufnahmen des Besuchs zeigten erneut, wie gering die sichtbare Nato-Präsenz dort ist.

Atomwaffen Im nahen russischen Oblast Kaliningrad hat Moskau Kurzstreckenraketen vom Typ „Iskander“ mit einer

Reichweite von 500 Kilometern in Tschernjachowsk (früher: Insterburg), rund 60 Kilometer von der Suwalki-Lücke entfernt, stationiert. Die Raketen können auch mit Atomwaffen bestückt werden. Moskau hat zudem angekündigt, mehrere mobile „Iskander“-Abschussrampen auch nach Belarus zu verlegen. Diese könnten in der Gegend von Grodno, nur knapp 20 Kilometer von der Suwalki-Lücke entfernt, stationiert werden. Sowohl das bisher eher wenig militarisiertere Belarus wie die bereits hochgerüstete russische Exklave Kaliningrad werden weiter aufgerüstet. Hinzu kommt auf Nato-Seite der auf Rotationsbasis funktionierende, also noch nicht feste US-Truppenstützpunkt im masurischen Orzysz. Der Standort liegt rund 60 Kilometer südwestlich der Suwalki-Lücke und etwa ebenso viele Kilometer südlich von Kaliningrad.

Bahnlinien Polnische Sicherheitsexperten schätzen im Moment allerdings die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit Russland im Grenzgebiet zur Ukraine als größer ein. Dort sind dem Kreml vor allem die für die Waffenlieferungen in die Ukraine wichtigen Eisen-



Die Parteien verpflichten sich, [...] jeden internationalen Streitfall [...] auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

Artikel 1 des Nordatlantikvertrages 4. April 1949

bahnlinien ein Dorn im Auge. Russland wird sich nach Einschätzung von Experten allerdings hüten, einen auch nur versehentlichen Beschuss des polnischen Gebietes zu riskieren, da damit automatisch Nato-Artikel 5 und damit der Beistand der in dem Gebiet stationierten US-Truppen aktiviert würde.

Stattdessen droht Moskau indirekt immer wieder mit einem Nuklearschlag gegen Europa. Der polnische General a. D., Roman Polko, meint dazu: „Die Nato sollte sich nicht erpressen lassen und eher als Abschreckung in Polen Nuklearwaffen stationieren, die Moskau erreichen können.“

Alltag im Abseits Weitab vom Gefechtslärm wähnt sich, wer dieser Tage auf der E28 zwischen der polnischen Stadt Elblag (Elbling) und der russischen Hafenstadt Kaliningrad (Königsberg) unterwegs ist. Die Informationstafeln über die Wartezeiten an den vier Grenzübergängen in die russische Exklave sind gar nicht eingeschaltet; die Fernstraße ist leer. Innerhalb einer Stunde werden auf der Strecke vier deutsche Autos und ebenso viele russische gesichtet. Die zwei polnischen Wagen wollen nur in das abseits der Pass- und Zollkontrolle liegende Grenzort Grzechotki mit seinen Bauernkäten und Storchestern. Polnische Armeelester sind nicht in Sicht, wohl aber Überwachungstürme beiderseits der Grenze. „Ich bin nur ein kleiner Pole, aber vor den Russen fürchte ich mich nicht“, berichtet ein Grenzlandbewohner und fügt hinzu: „Die polnische Armee ist stark – mit oder ohne Nato.“

Paul Flückiger

Der Autor ist Osteuropakorrespondent.

Historische Kehrtwende in Madrid

BÜNDNISSTRATEGIE Russland ist kein strategischer Partner der Nato mehr. Norderweiterung der Allianz beschlossen

Die 30 Nato-Staaten haben sich Ende Juni bei einem Gipfeltreffen in Madrid auf ein neues Sicherheits- und Streitkräftemodell geeinigt. Das Konzept sieht vor, die Zahl der Soldaten in hoher Einsatzbereitschaft von 40.000 auf mehr als 300.000 zu erhöhen. Die Bundeswehr soll rund 15.000 Soldaten stellen. Zudem werden mehr schwere Waffen vor allem in das Baltikum und nach Polen verlegt. In dem neuen strategischen Konzept wird Russland als größte Gefahr für das Bündnis bezeichnet. Im alten Sicherheitskonzept der Nato aus dem Jahr 2010 war Russland noch als „strategischer Partner“ bezeichnet worden. Die Nato betont indes, dass sie weiterhin willens sei, Kanäle der Kommunikation mit der Regierung in Moskau offen zuhalten, um Risiken einzudämmen, eine Eskalation zu verhindern und die Transparenz zu erhöhen.

China im Blick Im neuen Sicherheitskonzept nimmt die Nato auch erstmals Stellung zu China, dessen als aggressiv empfundene Politik eine Herausforderung für die Interessen, die Sicherheit und die Werte des Bündnisses darstelle. Der Ukraine sichert die Nato ihre Unterstützung mit Waffenlieferungen zu, solange und in dem Umfang, wie dies erforderlich sei. Die Alliierten beschlossen zudem, den gemeinsamen Haushalt noch einmal deutlich aufzustocken. Bis Ende 2030 sollen demnach mehr als 20 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Für die Peri-

ode von 2023 bis 2030 sind es Nato-Berechnungen zufolge knapp 45 Milliarden Euro.

Norderweiterung Auch ist inzwischen der Beitrittsprozess für Finnland und Schweden in vollem Gange. Die beiden nordeuropäischen Länder haben unter dem Eindruck des russischen Angriffes auf die Ukraine beschlossen, ihre jahrzehntelange Neutralität aufzugeben und der Nato beizutreten. Den Antrag auf Mitgliedschaft in der Nato stellten sie Mitte Mai. Die Grenze der Nato zu Russland wird sich dadurch um mehr als 1.300 Kilometer verlängern – nämlich um die Ostgrenze Finnlands zu dem ursprünglich zu Finnland gehörenden Gebiet Karelien in Russland. Beide Staaten haben jahrelang viel Geld in ihre Heere investiert, sie dürften die Nato stärken.

Reaktion Russlands Der russische Präsident Wladimir Putin hat wegen der Norderweiterung eine militärische Reaktion in Aussicht gestellt. „Werden dort jetzt Truppen stationiert und Infrastruktur eingerichtet, so werden wir gespiegelt antworten müssen und dieselben Bedrohungen für das Territorium schaffen, von dem aus wir bedroht werden“, sagte er und fügte hinzu: „Alles war gut zwischen uns, aber jetzt wird es irgendwelche Spannungen geben, das ist offensichtlich.“ Putin wirft der Nato vor, sich mit Hilfe der Ukraine behaupten zu wollen. Es gehe der



Nato-Familienfoto im Prado-Nationalmuseum in Madrid: In der spanischen Hauptstadt traf die Allianz Ende Juni weitreichende Beschlüsse. © picture alliance / EPA | JUANJO MARTIN

Nato um „ihre Vorherrschaft, ihre imperialen Ambitionen“, kommentierte er die Beschlüsse von Madrid.

Neue Einheiten In den neuen Frontstaaten Osteuropas wurden die Nato-Beschlüsse vom Gipfel in Madrid hingegen positiv aufgenommen. Unter dem Eindruck des russischen Überfalls auf die Ukraine hat das Parlament in der Slowakei, die im Osten auf knapp 100 Kilometer an

die Ukraine grenzt, noch vor dem Nato-Gipfel ein Gesetzespaket verabschiedet, das US-Truppen zwei Flugplätze zur Verfügung stellt.

Die sogenannten Nato-„Battlegroups“ in Osteuropa sollen außerdem systematisch ausgebaut werden, das gilt für Polen, Litauen, Lettland, Estland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Diese „Battlegroups“ sollen mindestens 1.000 Mann stark sein. Allein in Litauen soll die deutsche Kampftrup-

pen-Brigade auf 3.000 bis 5.000 Mann statt bisher rund 1.500 aufgestockt werden. Die Eingreiftruppe der Nato (Nato Response Force) soll bedeutend größer werden und künftig in 10 bis maximal 50 Tagen voll einsatzfähig sein.

Beistand bekräftigt „Durch seine aggressive Politik stellt Russland wieder eine Bedrohung für Europa, für die Allianz dar“, warnte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Ende des Nato-Gipfeltreffens in Madrid. Der amerikanische Präsident Joe Biden bekannte sich in Madrid erneut zur Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 des Nato-Vertrags, nachdem vor dem Treffen verschiedentlich Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Zusage aufgekommen waren. Die Beistandsklausel sei „heilig“, sagte Biden bei einem Auftritt mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Er versprach, die Nato werde „jeden Zentimeter“ des Bündnisgebiets gegen Angriffe verteidigen. „Wir meinen es auch so, wenn wir sagen, ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“, betonte Biden. Der US-Präsident kündigte außerdem ein fünftes Hauptquartier der europäischen US-Streitkräfte in Polen an. Die Zahl der US-Zerstörer in Spanien soll von vier auf sechs erhöht werden, zwei zusätzliche US-Geschwader mit F-35-Kampffjets werden in Großbritannien stationiert. In den Jahren zuvor hatte Bidens Amtsvorgänger Donald Trump die Nato noch in eine schwere Krise gestürzt, indem er mehr-

fach Zweifel daran weckte, ob die USA im Ernstfall ihrer Verpflichtung zum militärischen Beistand auch nachkommen würden. Zum Entsetzen der Alliierten drohte er sogar mit einem Nato-Austritt der USA.

Frühe Warnungen Nato-Mitglieder wie Polen und die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland hatten seit Putins Machtantritt vor mehr als 20 Jahren vor Russland gewarnt und dazu geraten, hart mit dem Kreml zu verhandeln, statt einen weichen „Kuschel-Dialog“ zu suchen. Die Warnungen insbesondere Polens wurden im Westen jedoch jahrelang nicht ernst genommen.

Der russische Einmarsch in die Ukraine hat den Polen im Nachhinein recht gegeben. Auf dem Nato-Gipfel von Madrid wurde dieser schmerzhaften Einsicht nun Rechnung getragen: Russland unter Putin ist nunmehr kein Partner mehr, sondern ein Gegner. Nato-Generalsekretär Stoltenberg bezeichnete diese neue Feststellung und alle weiteren Beschlüsse von Madrid am Ende des Gipfels als „historisch“. Der nächste Nato-Gipfel 2023 findet direkt an der Ostflanke des Bündnisses statt, nämlich in der litauischen Hauptstadt Vilnius. Der größte und westlichste der drei Baltischen Staaten hat eine gemeinsame Grenze mit der russischen Exklave Kaliningrad (Königsberg) und dem seit den Demokratieprotesten vom Sommer 2020 gezwungenmaßen mit dem Kreml eng verbündeten Belarus. Paul Flückiger



Gut gesichert: Auf der Militärbasis in Büchel sollen bis zu 20 US-Atomwaffen lagern. Über Details schweigt sich die Bundesregierung aus.

© picture-alliance/dpa/Thomas Frey

Wie es die Parteien mit der Nato halten

BÜNDNISFRAGE Bei allen Diskussionen über die Neuausrichtung der Nato nach Ende des Kalten Krieges – bei den deutscher regierungstragenden Parteien in Deutschland – CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP – ist die Unterstützung für das Verteidigungsbündnis auch vor dem russischen Überfall auf die Ukraine groß gewesen. Im Koalitionsvertrag der Ampel heißt es beispielsweise: „Die Nato bleibt unverzichtbare Grundlage unserer Sicherheit.“ Laut Wahlprogramm der Unionsparteien ist die Nato das „Rückgrat der euroatlantischen Sicherheit“. Seit Kriegsbeginn scheint sich auch die bei SPD und Grünen qualifizierter formulierte Unterstützung des Bündnisses, gerade in Fragen der Abrüstung, der Verteidigungsausgaben, der strategischen Ausrichtung und der nuklearen Teilhabe (siehe Text links), zu einer robusteren Verwendung gewandelt zu haben.

ZWEI-PROZENT-ZIEL Klassischer Streitpunkt der vergangenen Jahre war das Zwei-Prozent-Ziel, auf das sich die Nato-Mitglieder verständigt hatten. Demnach soll jedes Mitglied jährlich zwei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Verteidigungsausgaben aufwenden. Von der Union und der FDP kommt dafür deutliche Unterstützung, SPD und Grünen sind und waren skeptisch. Aus Sicht der Grünen wäre eine Ausrichtung der Ausgaben an Fähigkeiten und Befähigungen zielführender, wie sie in ihrem Wahlprogramm schrieben. Die Ampel-Koalition einigte sich im Koalitionsvertrag daher zunächst auf einen Formelkompromiss. Mit der Verabschiedung des 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens soll nun das Zwei-Prozent-Ziel zumindest im mehrjährigen Durchschnitt erfüllt werden. Wie es nach Verausgabung des Fonds weitergeht, bleibt aber unklar.

Staatsgeheimnis Büchel

NUKLEARE TEILHABE Im Ernstfall soll Deutschland US-Atomwaffen einsetzen können

Wenn es um Büchel geht, wird die Bundesregierung wortkarg. Der Ort mit rund 1.200 Einwohnern in Rheinland-Pfalz beheimatet einen Fliegerhorst der Luftwaffe – und dazu wohl bis zu 20 US-amerikanische Atombomben des Typs B61-3/4, die von US-Soldatinnen und -Soldaten bewacht werden. Tritt irgendwann der Ernstfall ein, sollen diese Bomben von deutschen Pilotinnen und Piloten – aktuell mit Tornados – zum Ziel befördert werden können. Das sieht das Konzept der nuklearen Teilhabe der Nato vor. Es soll Nicht-Atommächten des Bündnisses in die Planung von möglichen Atomschlägen einbeziehen. Weitere US-Waffen sollen in Belgien, den Niederlanden, Italien und der Türkei liegen. Wie genau für diesen Ernstfall trainiert wird, sind eigentlich die Einsatzszenarien sind, welche Modernisierung der Kernwaffen geplant ist – dazu sagt die Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen in der Regel nichts und verweist auf die vereinbarte Geheimhaltung im Bündnis. Auch die Schätzung der Zahl der in Deutschland

gelagerten Atomwaffen bestätigt die Bundesregierung nicht; sie geht zurück auf Angaben der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN). 2005 sollen nach Angaben des Natural Resources Defence Council noch 150 US-Atomsprengeköpfe im Land gewesen seien.

Umstrittene Waffen In den vergangenen Jahren war die Idee der nuklearen Teilhabe und die Lagerung der Waffen in Deutschland auch im parlamentarischen Raum umstritten. 2010 forderte der Bundestag auf Initiative von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen die Bundesregierung gar auf, auf einen Abzug der Waffen hinzuwirken. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hatte 2020 diese Forderung erneuert. Die Bundesregierung übt sich ausweislich ihrer Antwort vom Juni dieses Jahres auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (20/2168) im Einerseits-Anderserseits. Zwar halte man am Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest. „Gleichzeitig bekennt sich die Bundesregierung zur nuklearen Teilhabe als wichtigem Bestandteil einer glaubhaften Abschreckung des Bündnisses“, heißt es in der Regierungsvorlage.

sich ausweislich ihrer Antwort vom Juni dieses Jahres auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (20/2168) im Einerseits-Anderserseits. Zwar halte man am Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest. „Gleichzeitig bekennt sich die Bundesregierung zur nuklearen Teilhabe als wichtigem Bestandteil einer glaubhaften Abschreckung des Bündnisses“, heißt es in der Regierungsvorlage.

Aus Sicht von Liviu Horowitz von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hat sich diese Diskussion nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erstmal erledigt. „Die Nato bereitet sich darauf vor, dass Russland mittelfristig kein Partner sein wird und Sicherheit in Europa nicht mit, sondern gegen Russland organisiert werden muss. In diesem Rahmen wird auch die nukleare Teilhabe eine Rolle spielen“, sagt der Experte für atomare Abschreckung. Hinzu komme: „Die Russische Föderation hat in den vergangenen Monaten klar gezeigt, dass ihre Atomwaffen nicht nur ein Überbleibsel aus vergangener Zeit sind“, so Horowitz. Vielmehr seien es Instrumente,

deren Moskau sich – hauptsächlich politisch – bedienen wolle, um expansive Ziele zu erreichen. „Entsprechend reagieren nun die Staaten der transatlantischen Allianz darauf“, sagt der Forscher.

Präsident entscheidet Im Ernstfall müsste der US-Präsident den Einsatz der Bomben nach Konsultation in der Nato freigeben und auch die Bundesregierung zustimmen. Dieses Verfahren ist laut SWP-Experten Horowitz einer der Gründe, warum die militärische Bedeutung der nuklearen Teilhabe kontrovers diskutiert wird. Skeptiker bezweifelten, dass die USA den Weg gehen würden, hätten sie doch genügend eigene

Optionen zum Einsatz von Atomwaffen. Dem stünden Stimmen entgegen, dass es eben eine Zusatzoption sei. Zudem verkompliziert diese Option die Risikokalkulation und Nuklearplanung der Russen. „Viel wichtiger ist die politische Dimension der nuklearen Teilhabe“, betont Horowitz. Beide Seiten, die USA und das jeweilige Land, zeigten damit, dass sie bereit sind, gewissen Risiken, Kosten und Pflichten auf sich zu nehmen. Deutschland sei somit „Teil des Abschreckungssystems“ und stehe nicht nur nebenbei.

Moderner Kampffjet Im Koalitionsvertrag hatten sich SPD, Grüne und FDP darauf verständigt, einen Nachfolger für die in die Jahre gekommenen Tornados zu beschaffen. „Den Beschaffungs- und Zertifizierungsprozess mit Blick auf die nukleare Teilhabe Deutschlands“ wolle man „sachlich und gewissenhaft begleiten“, hieß es etwas distanziert. Wenige Monate später, kurz nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, machte die Bundesregierung dann sehr schnell Nägel mit Köpfen. Der Tarnkappen-Jet F-35A, der als modernstes Kampfflugzeug der Welt gilt, soll die Tornados ersetzen und wohl auch als Trägersystem für die Kernwaffen dienen. 35 Stück sollen es mal werden, finanziert aus dem Sondervermögen Bundeswehr. Geplant ist eine Stationierung aller Maschinen in Büchel.

STICHWORT

Nukleare Teilhabe

> Zweck Die nukleare Teilhabe ist Teil der Nato-Abschreckungspolitik. Nicht-Atommächte der Nato sollen im Ernstfall unter bestimmten Bedingungen Kernwaffen einsetzen können.

> Deutschland In Büchel sollen nach unbestätigten Angaben bis zu 20 Atomwaffen des Typs B61-3/4 lagern. 2005 sollen es noch 150 Atomwaffen an mehreren Standorten gewesen sein.

> Einsatz Ein Einsatz wäre nur nach Freigabe durch die US-Führung möglich. Trägersystem ist noch der Tornado, künftig sollen Kampffjets vom Typ F-35A (Foto) diese Aufgabe übernehmen.



© picture-alliance / VONHAPNEWS AGENCY

Bekommt Deutschland eine »Eisenkuppel«?

RAKETENABWEHR Mit dem „Arrow 3“-System aus Israel könnte eine Fähigkeitslücke geschlossen werden

Unter dem Eindruck des russischen Überfalls denkt die Bundesregierung über eine Stärkung der deutschen Verteidigungsfähigkeiten nach. Konkret soll die Raketenabwehr verstärkt werden. Nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Ende März entsprechende Erwägungen kundgetan hatte, sprach sich im Juli auch die CSU-Landesgruppe dafür aus. „Deutschland braucht einen modernen, maximal einsatzfähigen Raketenabwehrschirm, einen deutschen Iron Dome“, hieß es in einem Beschlusspapier der Partei.

Der angeführte „Iron Dome“ ist aus Israel bekannt. Das Land hat sich zu einem Spezialisten für die Raketenabwehr entwickelt, ist es doch umgeben von feindlich gesinnten Staaten wie Syrien und dem Iran sowie islamistischen Terrorgruppen wie der Hamas im Gaza-Streifen oder der Hisbollah in Libanon. Mediale Beachtung finden diese Abwehrsysteme etwa, wenn die Hamas mit Kurzstreckenraketen auf israelische Städte schießt. Dieses System mit dem Namen „Iron Dome“ ist in der Lage, viele der Geschosse abzufangen. Mit dem „Arrow 3“ hat Israel zudem ein weiteres System, das sich gegen Mittel- und Langstreckenraketen richtet. Eine naheliegende Bedrohung aus Israels Sicht ist Iran; die Islamische Republik fällt immer wieder

mit Vernichtungsdrohungen gegen den jüdischen Staat aus und hat Mittelstreckenraketen im eigenen Arsenal.

Das Arrow-System ist nach Herstellerangaben in der Lage, feindliche Raketen in einer Höhe von 100 Kilometern auszuschalten. Das macht das System für Deutschland interessant. Die Raketenabwehr gilt in der Bundeswehr als Fähigkeitslücke. Mit dem aktuell verfügbaren Patriot-System liefern sich Raketen, die vom Arrow-System be-

kämpft werden können, nicht ausschalten. Entsprechend zeigen sich deutsche Verteidigungspolitikerinnen und -politiker offen gegenüber einer Anschaffung. Bei einem Besuch einiger Abgeordnete Ende März in Israel waren auch Raketenabwehr und „Arrow 3“ Thema. „Natürlich ist Arrow 3 nicht uninteressant, weil es darum geht, Raketen abzuwehren, die eben so hoch geschossen kommen, dass wir das Rüstzeug nicht haben in Deutschland, um solche Raketen

abzuwehren“, sagte die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) seinerzeit gegenüber der ARD.

Grünes Licht Gekauft ist das System noch nicht, aktuell wird geprüft. Gegenüber der „Jerusalem Post“ sagte der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhart, im April, dass man sehr an dem System interessiert sei – und dass Israelis und die ebenfalls an der Entwicklung beteiligten Amerikaner grünes Licht für einen Kauf gegeben hätten. Als Kosten stehen nach Medienberichten zwei Milliarden Euro im Raum, die Einsatzfähigkeit könnte schon 2025 hergestellt werden.

Unklar ist auch noch, wie das System gegebenenfalls in der Nato integriert wird. Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Florian Hahn, hatte im April darauf verwiesen, dass das System auch dazu dienen könne, andere europäische Länder vor Bedrohungen zu schützen. Darauf hatte auch Joe Weingarten (SPD), Mitglied des Verteidigungsausschusses, anlässlich des Israel-Besuchs gedrängt: „Wir können uns nur schwer vorstellen, für Deutschland ein solches Sicherheitssystem aufzubauen und dabei die Interessen Polens oder auch des Baltikums außer Acht zu lassen.“ scr II



Mit dem „Arrow 3“-System, hier bei einem Test im Januar, sollen Mittel- und Langstreckenraketen in großer Höhe abgefangen werden können. © picture alliance / Xinhua News Agency

Anzeige

Bestandsaufnahme der De-Globalisierung



De-Globalisierung

Forschungsstand und Perspektiven

Herausgegeben von Prof. Dr. Stefan A. Schirm, Prof. Dr. Andreas Busch, Prof. Dr. Susanne Lütz, Prof. Dr. Stefanie Walther und Prof. Dr. Hubert Zimmermann

2022, ca. 300 S., brosch., ca. 34,- €

ISBN 978-3-8487-7503-3

E-Book 978-3-7489-3290-1

(Internationale Politische Ökonomie, Bd. 19)

Erscheint ca. August 2022

Dieser Band unternimmt eine Bestandsaufnahme der internationalen politikwissenschaftlichen Forschung über die verschiedenen Facetten der De-Globalisierung. Er folgt auf den Band „Globalisierung. Forschungsstand und Perspektiven“ in der Buch-Reihe „Internationale Politische Ökonomie“ (Schirm (Hrsg.) 2006).

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Moskaus eigene Logik

NATO-ERWEITERUNG Die russische Regierung behauptet seit 2007, die Nato habe sich verpflichtet, keine neuen Mitglieder aus postkommunistischen Staaten aufzunehmen



Alles im Blick? Präsident Wladimir Putin und Verteidigungsminister Sergej Schoigu während einer Militärparade der Russischen Seekriegsflotte in Murmansk nahe dem Polarkreis, Der Armeegeneral gilt als enger Freund und langjähriger Wegbegleiter Putins.
© picture-alliance/dpa/Mikhail Klimentjew

Die Beitritte neuer Mitglieder sind für die Nato in den vergangenen 70 Jahren eher die Regel als die Ausnahme gewesen. Mit ihrer „Politik der offenen Tür“ trug sie dem Recht eines jeden Landes Rechnung, die Mitgliedschaft in einer Militäralianz frei zu wählen, und stützt sich dabei auf Artikel 10 des Nato-Vertrages, der festlegt, dass die Mitgliedschaft jedem „europäischen Staat offen steht, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Raums beizutragen“. Auch wenn die Aufnahme neuer Mitglieder zu einer Art Alltagsroutine der Allianz geworden ist, unterscheiden sich doch die konkreten politischen Umstände. Sie reflektierten das jeweilige geopolitische Umfeld und die spezifischen strategischen Überlegungen des jeweiligen Beitritts.

Kontroverse Debatten Dies gilt auch für die Aufnahme einer Reihe von mittel- und osteuropäischen Ländern seit 1999, die umgangssprachlich, aber sachlich falsch als „Osterweiterung“ bezeichnet wird. Denn nicht die Nato als Institution erweitert sich gezielt und mit strategischem Kalkül, einzelne Staaten beantragen die Mitgliedschaft in der Allianz. Zudem wird heute gerne vergessen, dass die „Osterweiterung“ bereits Anfang der 1990er Jahre Gegenstand kontroverser Debatten innerhalb der Nato war, viele der Argumente von damals klingen bis heute nach. Zugunsten der Erweiterung wurden vor allem institutionelle Argumente vorgebracht: Die Nato stelle für

diese neuen Demokratien einen sicherheitspolitischen Anker dar. Durch die Ausweitung ihrer Sicherheitsgarantien verhindern die Allianz nationalistische Alleingänge und könne demokratische und marktwirtschaftliche Reformen in ganz Europa stärken, so wie sie es seit 1949 für Westeuropa getan hatte.

Gegen die Erweiterung wurden vor allem zwei Argumente vorgebracht: Das erste betraf die möglichen Auswirkungen auf die Nato selbst. Wenn der Kreis der Allianzmitglieder vergrößert würde, bestünde die Gefahr, dass die Glaubwürdigkeit ihrer sicherheitspolitischen Garantien verwässert werde. Irgendwann werde die Nato so groß und vielfältig, dass sie eher eine politische Vereinigung als eine militärische Organisation sei, deren Verpflichtungen eher deklaratorisch als real wären. Vor allem aber prophezeiten zweitens die Gegner einer Nato-Erweiterung, dass diese eine feindselige Reaktion Russlands hervorrufen, die Position der demokratischen Kräfte in Moskau schwächen und den antiwestlichen Nationalisten den Rücken stärken würde. Sie befürchteten, dass die Erweiterung somit zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werde, die ein feindseliges Russland hervorrufen werde, dem man dann robust entgegenreten müsse, was eine politische Spaltung Europas zur Folge haben werde. Dass der

»Die Russische Föderation ist die größte Bedrohung für Sicherheit und Frieden.«

Strategisches Konzept der Nato, Juni 2022

Beitritt von Staaten des postkommunistischen Europa zur Nato die russischen Interessen berühren könnte, stellte die Allianz also von Beginn an in Rechnung. Nicht zuletzt, um entsprechende Bedenken abzufedern und Moskaus besondere Stellung in und für die euro-atlantische Sicherheitsarchitektur zu unterstreichen, strebte die Nato die 1997 unterzeichnete Nato-Russland-Grundakte und den 2002 eingerichteten Nato-Russland-Rat an, in dem Dialog und Kooperation Vertrauen auf beiden Seiten schaffen sollten. Russland bekam Sitz und Zutritt im Nato-Hauptquartier, richtete dort einen militärischen und diplomatischen Stab ein, wurde zu allen relevanten sicherheitspolitischen Entscheidungen konsultiert. Die Nato sicherte zu, weder Atomwaffen noch Truppen von mehr als einer Division noch Kommandozentralen in den

beitretenden Ländern einzurichten. Als Zeichen ihrer defensiven Haltung verzichtete die Allianz auf eine Notfall-Planung für ihre Ostgrenze. 2008 verhinderten Deutschland und Frankreich schließlich die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die Nato – aus Rücksicht auf russische Sicherheitsinteressen. Zwar haben sowohl Politiker als auch Wissenschaftler in dieser kooperativen Phase der Nato-Russland-Beziehungen auch die Möglichkeit einer russischen Mitgliedschaft

in der Allianz vereinzelt thematisiert, aber beide Seiten haben diese Option nicht ernsthaft verfolgt. Die militärischen und politischen Strukturen Russlands, die von antiwestlichem Denken geprägt waren, verhinderten letztlich, dass Moskau einen Beitrittsantrag stellte. Zudem lenkten die Terroranschläge vom 11. September 2001 die politische Aufmerksamkeit weg von Fragen der euro-atlantischen Sicherheit.

Russlands Logik Vor allem Vertreter der russischen Regierung behaupten seit 2007 immer wieder, die Nato habe sich gegenüber Moskau verpflichtet, keine neuen Mitglieder aus Osteuropa aufzunehmen. Dieses Versprechen habe das Bündnis in der Folgezeit gebrochen und damit Russlands zu einer Reaktion provoziert. In dieser Logik ist der russische Krieg gegen die Ukraine das Ergebnis einer westlichen Politik, die Russland eingekerkelt und gedemütigt habe. Ein derartiges formelles Versprechen hat es aber nie gegeben, und diese Behauptung ist bestenfalls ein Missverständnis und schlimmstenfalls eine Umschreibung der Geschichte. Moskau verzerrt hier die Fakten, um einen antiwestlichen Konsens im eigenen Land aufrechtzuerhalten. Denn eine solche Zusage hätte nicht zuletzt gegen die OSZE-Gründungsakte verstoßen, die ihren Unterzeichnern das Recht einräumt, „Vertragsparteien eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein“. Schließlich sollte ein einfaches Argument zu denken geben: Wenn Zusicherungen derartigeren Gewichts gegeben worden wären, kann man dann ernsthaft glauben, dass Moskau nicht darauf bestanden hätte, dass sie in

schriftlicher Form fixiert und veröffentlicht worden wären? Außerdem hat sich der Kreml über lange Zeit nie wirklich über die Nato-Erweiterung beschwert. So forderte im Jahr 1997 Russland die USA ergebnislos auf, die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken in das Bündnis abzulehnen. Dies hielt Moskau jedoch nicht davon ab, 1997 die Nato-Russland-Grundakte zu unterzeichnen. Als 2002 offiziell beschlossen wurde, die baltischen Staaten zum Beitritt einzuladen, erklärte Präsident Putin, dass ihr Beitritt „keine Tragödie“ sein werde. Im selben Jahr begrüßte Moskau die Einrichtung des Nato-Russland-Rates. Im Dezember 2021 veröffentlichte der Kreml zwei Vertragsentwürfe, von denen einer mit den USA und der andere mit der Nato unterzeichnet werden sollte: Moskau machte darin seinen Willen deutlich, die gesamte Sicherheitsarchitektur nach dem Kalten Krieg zu revidieren. Insbesondere verlangte der Kreml, dass die Nato neue Mitglieder im Osten ablehne und die Streitkräfte abziehe, die sie auf dem Territorium ihrer jüngsten Verbündeten stationiert hat.



Sie haben uns betrogen.

Wladimir Putin zum Thema Nato-Osterweiterung in einer Fernsehansprache am 22. Februar 2022

Gleichzeitig bemüht sich Moskau um eine Stärkung der im Jahr 2002 gegründeten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Mitglieder sind Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan und Weißrussland. Obwohl formell ein Bündnis gleichberechtigter Partner, wird es von Russland dominiert. Die Organisation ist vor allem als Instrument zur Beeinflussung der Sicherheitslage im postsozialistischen Raum und als Gegengewicht zur Nato nützlich für Russland. Deswegen hat der Kreml ihre Rolle jüngst ausgeweitet, so im Januar 2022, als Massendemonstrationen gegen die Regierung in Kasachstan zur Entsendung von russischen Truppen unter Federführung der OVKS führten.

Bedrohter Frieden Der russische Krieg gegen die Ukraine hat dieses konfrontative Momentum noch beschleunigt, was sich auch im Juni 2022 verabschiedeten neuen strategischen Konzept der Nato widerspiegelt: „Die Russische Föderation ist die größte und unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der Bündnispartner sowie für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum.“ So bedauerlich dies ist – euro-atlantische Sicherheit muss auf nicht absehbare Zeit gegen Russland organisiert werden. Was bleibt ist ein Minimalprogramm zwischen der Nato und Russland: Sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen sowie Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Markus Kaim II

Der Autor ist Politikwissenschaftler Sicherheitsexperte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Anzeige

Schon gehört?
Die APuZ gibt es auch als Podcast!

APuZ
AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Geldpolitik
APuZ - Der Podcast

bpb.de/
apuz-podcast

»Was ist noch nötig?«

UKRAINE Das von Russland überfallene Land will Mitglied der Nato werden – doch das dürfte schwierig werden

Es war ein eindringlicher Beitrittsappell, den der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Ende Juni an den Nato-Gipfel in Madrid richtete. „Hat die Ukraine nicht genug gezahlt“, fragte er die Staats- und Regierungschefs in seiner Video-Ansprache, „ist unser Beitrag zur Verteidigung Europas und der Zivilisation immer noch nicht ausreichend? Was ist noch nötig?“

Nato-Mitgliedschaft Das von Russland überfallene Land drängt das transatlantische Verteidigungsbündnis, seiner Aufnahme zuzustimmen, denn als Mitglied der Nato, so sind viele in der Ukraine überzeugt, wäre es geschützt vor neuen Angriffen des großen Nachbarn. 2017 hatte das ukrainische Parlament die Nato-Mitgliedschaft als außenpolitisches Ziel des Landes festgelegt, im Februar 2019 wurde das Ziel eines Nato- sowie eines EU-Beitritts in der Verfassung festgeschrieben. Selbstverständlich war das keineswegs. „Nach der Nato-Erweiterung von 2004 waren die Einstellungen in der Ukraine zur Nato durchaus gemischt“, sagt dazu der Osteuropa-Historiker Philipp Ther von der Universität Wien: Doch Putin hat die Ukraine durch seine Einschüchterungsversuche in die Arme der Nato getrieben.“ Auf dem Nato-Gipfel in Bukarest 2008 waren der Ukraine

und Georgien auf Betreiben von US-Präsident George W. Bush hin die Nato-Mitgliedschaft versprochen worden – gegen den Willen von Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsidenten Nicolas Sarkozy. Beiden gelang es aber, zu verhindern, den Nato-Beitritt konkret vorzubereiten. Vor Beginn des russischen Angriffs im Februar hatten Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sowie Staats- und Regierungschefs des Bündnisses unmissverständlich klargestellt, dass sie das Recht jedes Staates auf freie Bündniswahl nicht in Verhandlungen mit Russland um einen künftigen Status der Ukraine zur Disposition stellen würden. An dieser Haltung hat sich bis heute nichts geändert. Schon nach der Besetzung der Krim durch Russland 2014 war ein schneller Beitritt der Ukraine faktisch unmöglich geworden. „Das Bündnis kann wegen der Beistandsverpflichtung kaum ein Neumitglied aufnehmen, das sich in einer Art permanentem Kriegszustand mit einem Nachbarstaat befindet, auch wenn dieser klar als Aggressor zu er-

kennen ist“, sagt Ther dazu. Und weiter: „Eine Aufnahme während des jetzigen Krieges wäre ebenfalls kaum vorstellbar und würde nur eine unnötige Provokation bedeuten, zumal die meisten Nato-Staaten die Ukraine ohnehin mit Waffen und Finanzhilfen unterstützen.“ Das Ergebnis ist, dass die Ukraine weiter im Wartesaal der Nato sitzt.

»Präsident Wladimir Putin hat die Ukraine in die Arme der Nato getrieben.«

Philipp Ther, Osteuropa-Historiker

Ihr künftiges Verhältnis zum Bündnis wird davon abhängen, wie der Krieg ausgeht. Siegt Russland, dürfte das Thema vom Tisch sein. Für den Fall, dass sich der Aggressor hinter die Grenzen vom 24. Februar zurückzieht, „könnte es sein, dass das Thema auf die Agenda bei der Nato kommt“, sagt Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel. Der Politikwissenschaftler weiter: „Ich sehe aber schon jetzt, welche Regierungen dies blockieren werden, vornehmlich die deutsche Bundesregierung, Ungarn und die Türkei.“ Auch wenn es zu einem Waffenstillstand entlang der derzeitigen Linien komme, „wird das mit der Nato-Mitgliedschaft ebenfalls sehr

schwierig werden“. Zudem sei Russland von einer Fortführung des Krieges nur dann abzubringen, wenn es eine Sicherheitsgarantie der USA und anderer für die Rest-Ukraine gebe. „Die beste Form wäre der Nato-Beitritt, aber dazu wird es aufgrund der oben genannten Hindernisse nicht kommen“, so Krause.

Keine Details Als eine Alternative zur Nato-Vollmitgliedschaft sind Sicherheitsgarantien für die Ukraine im Gespräch. Allerdings tut sich hier das gleiche Dilemma auf, das schon einen weitergehenden Schutz des Landes durch die Nato nach dem russischen Angriff verhinderte: Die Nato-Staaten sind nicht bereit, die von Kiew geforderte Flugverbotszone durchzusetzen, da diese zu einer direkten Konfrontation mit Russland führt. Eine ähnliche Frage stellt sich bei Sicherheitsgarantien: Was sind diese wert, wenn sich die Garanten für den Fall einer Konfrontation selbst strenge Grenzen auferlegen? Auch die G7 hatten sich bei ihrem Gipfel Ende Juni zu Sicherheitsgarantien für die Ukraine bekannt. Details dazu wurden jedoch nicht genannt.

Hans Monath II

Der Autor ist Korrespondent für Bundespolitik beim „Tagesspiegel“.

»Heikles Unterfangen«

INTERVIEW Der Hamburger Friedensforscher Ulrich Kühn über neues Wettrüsten, Diplomatie in Kriegszeiten und das Risiko von Waffenlieferungen in die Ukraine

Herr Kühn, was bereitet Ihnen zurzeit am meisten Sorgen?

Natürlich der russische Krieg in der Ukraine. Ich fürchte, dieser erste generalstabsmäßig geplante, konventionelle Angriff auf einen anderen Staat kombiniert mit den Mitteln des nuklearen Zeitalters in Europa seit 1945 könnte noch Monate oder sogar Jahre andauern. Am meisten beunruhigt mich dabei der Umstand, dass wir die Motivation des russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht kennen. Ist sein Expansionsinteresse allein auf die Ukraine fokussiert oder geht er darüber hinaus? Einige Analysten in den USA meinen, dass Putin mit diesem Krieg sein politisches Überleben verknüpft. Wenn das der Fall sein sollte, könnte nach 77 Jahren das nukleare Tabu gebrochen werden.

Im August 1945 warfen die USA Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Es war das erste und bislang letzte Mal, dass Nuklearwaffen in einem Krieg eingesetzt wurden. Warum sollte sich das jetzt ändern?

Letztlich halte ich dieses Szenario mit Blick auf die Ukraine immer noch für sehr unwahrscheinlich. In diesen Krieg sind nukleare Mächte involviert und US-Präsident Joe Biden hat klar gemacht, dass ein Angriff auf einen Nato-Staat ein Angriff auf alle wäre und in dem Fall die Beistandsklausel nach Artikel 5 des Nato-Vertrages greifen würde. Putin weiß und respektiert das bisher. Auch umgekehrt gilt: Die Nato schickt keine Truppen in die Ukraine, um russische Soldaten zu töten. So haben beide Seiten rote Linien gezogen. Aufgrund der räumlichen Nähe steigt allerdings die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Auseinandersetzung. Es besteht eine sehr dynamische Situation.

Würde die Nato anders agieren, hätte Russland keine Nuklearwaffen?

Definitiv, diese Waffen sind die Gamechanger in diesem Krieg. Ohne sie wären die Nato oder eine internationale Koalition der Willigen der Ukraine längst zur Hilfe geeilt. Aber schon die Lieferung schwerer Waffen ist eine Gratwanderung, sie macht uns zur indirekten Kriegspartei. Deshalb haben die USA Raketenwerfer geliefert, aber bewusst keine Munition, die weiter fliegt als 70 Kilometer und damit möglicherweise auf russisches Territorium. Für den Westen ist es ein heikles Unterfangen, die Grenzen des Möglichen zu verschieben, wenn niemand weiß, wo genau sie verlaufen.

Wenn die Atommacht Russland einen konventionellen Krieg gegen die Ukraine führen kann, ohne befürchten zu müssen, dass die Nato oder andere Staaten direkt intervenieren, wie gerecht ist es dann, ihr militärische Hilfe vorzuenthalten?

Der nukleare Frieden ist ein höchst ungleicher. Von ihm profitieren weiße und gut situierte Gesellschaften wie wir genauso wie autokratische Regime in Russland, Nordkorea und China. Der Frieden ist da-

her sehr ungleich verteilt. Länder, die keine Atomwaffen haben oder nicht von Nato oder EU beschützt sind – wie die Ukraine, Moldau, die Staaten des Südkaukasus oder die Balkanstaaten – werden auch in Zukunft immer wieder Hot Spots der Unsicherheit sein, weil die Nuklearmächte dort mit gegenläufigen Interessen agieren, direkte Zusammenstöße aber unbedingt vermeiden müssen. Aber wir dürfen nicht ver-

gessen, dass Russland auch für uns Europäer weiterhin ein massives Sicherheitsproblem darstellen wird. Trotz der harten Sanktionen werden wir Russland nicht mehr so stark isolieren können, wie noch im Kalten Krieg. Zwar wird sich Europa letztlich völlig entkoppeln, aber ein Großteil der Staaten wird weiterhin mit Moskau Geschäfte machen und russisches Öl und Gas importieren.

Die Antwort des Westens auf diese Situation lautet in erster Linie Abschreckung. Allein Deutschland steckt in den nächsten Jahren 100 Milliarden Euro zusätzlich in seine Streitkräfte, die Nato will einen Raketenabwehrschirm im Osten aufbauen und ihre Präsenz im Baltikum weiter verstärken. Beginnt mehr als 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges ein neuer, womöglich nuklearer Rüstungswettrlauf?

Wir werden klare Aufrüstungsbestrebungen erleben. Auch die Anforderungen an Deutschland werden weiter zunehmen. Das 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen für die Bundeswehr wird nur der Beginn einer längerfristigen Entwicklung sein, weil die USA und die osteuropäischen und baltischen Staaten nach Berlin schauen und fragen werden: Was tut ihr? Wo unterstützt ihr uns? Und sicher werden auch Nuklearwaffen wieder eine größere Rolle spielen, sowohl für Russland als auch für den Westen. Für Russland werden sie wichtiger, weil es nach dem Ukraine-Krieg nur noch über ein geschwächtes, konventionelles Militär verfügen wird. Auch in der Nato könnte es, befürchte ich, wieder Diskussionen darüber geben, ob sie mehr Nuklearwaffen braucht.

Dabei ist erst 2021 der Atomwaffenverbotvertrag (AVV) in Kraft getreten, eine internationale Vereinbarung, die



Ulrich Kühn

Ulrich Kühn

© Stephan Röhl

„Wir müssen uns darauf einstellen, dass Russland für Europa noch sehr lange ein massives Sicherheitsproblem darstellen wird.“

Ulrich Kühn

bisher mehr als 50 Staaten ratifiziert haben. Aber dass sie eingehalten wird, ist wohl mehr denn je illusorisch.

Ja, und das nicht nur wegen Russland, sondern auch wegen des zunehmenden Spannungsverhältnisses zwischen den USA und der aufsteigenden Macht China. Das befeuert regionale Unsicherheiten in Südostasien und Rüstungswettrläufe im konventionellen und im nuklearen Bereich. Bereits seit einigen Jahren ist zu beobachten, dass die Atomwaffen qualitativ aufrüsten. Man muss heute nicht mehr mit so und so viel tausend neuen Sprengköpfen aufwarten, es reicht schon, Mehrfachsprengkörper und neue Trägersysteme zu entwickeln. Und das wird noch zunehmen. Ich hoffe sehr, dass die AVV-Bewegung angesichts dieser frustrierenden Realität nicht erlahmt. Es ist enorm wichtig für die globale Sicherheit im 21. Jahrhundert, dass Nuklearwaffenstaaten und Nicht-Nuklearwaffenstaaten im Gespräch bleiben und das Langzeitziel nuklearer Abrüstung nicht in Frage gestellt wird.

In den vergangenen 20 Jahren hat es aber eine regelrechte Erosion von Rüstungskontrollverträgen gegeben; erst haben die USA, dann Russland wichtige Abkommen aufgekündigt. Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass es nach dem Ukraine-Krieg zu neuen Verträgen zwischen Russland und dem Westen kommt?

Ich kann mir das tatsächlich schon in ein paar Jahren vorstellen, denn im nuklearen Zeitalter ist das im gemeinsamen Interesse.

Die Rüstungskontrolle wird nicht überflüssig, weil gerade Krieg herrscht. Deshalb wird beispielsweise ein Vertrag wie der New Start-Vertrag über die Begrenzung strategischer Waffen zwischen Russland und den USA weiterhin von beiden Staaten problemlos implementiert. Keiner hat ein Interesse daran, dass der andere alles macht, was er will oder kann. Ein solcher Vertrag ermöglicht Russland außerdem Einblicke in den Zustand der US-amerikanischen Nuklearstreitkräfte und umgekehrt. Diese Argumente sprechen alle für Rüstungskontrolle. Sie wird auch für die Sicherheit in Europa wieder sehr wichtig werden.

Wie aber soll Sicherheit ohne Vertrauen funktionieren? Akteure wie Kreml-Chef Putin oder der russische Außenminister Sergej Lawrow haben aus Sicht des Westens jedwedes Vertrauen verspielt.

Das ist richtig und es erscheint als völliger Wahnsinn, wieder von Vertrauen zu sprechen. Aber das ist ein bisschen ein Henne-Ei-Problem. Braucht man erst Vertrauen, um Rüstungskontrolle zu schaffen, oder erst Rüstungskontrolle, um Vertrauen aufzubauen? Ich glaube letzteres. Harte Rüstungskontrollverträge enthalten immer eine Überwachungskomponente und so kann mit der Zeit neues Vertrauen aufgebaut werden. Ob man mit Putin darüber hinaus über größere Projekte wie eine künftige europäische Sicherheitsarchitektur sprechen kann, bezweifle ich allerdings

stark. Mit diesem russischen Führer ist auf der weiteren politischen Ebene wohl nichts mehr zu machen.

Viele hoffen, dass nach Putin alles besser wird.

Es wird irgendwann eine neue Generation russischer Führer geben, klar, aber es ist nicht ausgemacht, dass sie konzilianter sein wird als Putin. Mögliche Nachfolger könnten noch viel nationalistischer sein. Wir, die Nato und die EU, müssen uns darauf einstellen, dass Russland für Europa noch sehr lange ein massives Sicherheitsproblem darstellen wird.

Dann ist die Aufrüstung, die jetzt in Gang gesetzt wird, für lange Zeit alternativlos?

Es ist aus meiner Sicht alternativlos und nachvollziehbar, dass Länder wie Polen und die baltischen Staaten aufgrund ihrer historischen Erfahrungen mit Russland mehr militärische Unterstützung von der Nato fordern und bekommen. Doch der Westen darf jetzt nicht ziellos aufrüsten. Er muss vermeiden, dass es zu Missverständnissen auf russischer Seite und einer ungewollten Eskalation kommt. Es muss geklärt werden, wie viel wir aufrüsten wollen und mit welchem Ziel. Wenn die Nato zum Beispiel Verbände in der Größenordnung von Divisionen an die Ostflanke stellen würde, entsteht irgendwann eine Truppenstärke, die fähig wäre, einen Krieg auf russisches Territorium zu tragen. Damit entsteht ein klassisches Sicherheitsdilemma:

ZUR PERSON

Ulrich Kühn leitet den Forschungsbereich Rüstungskontrolle und Neue Technologien am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Im Mittelpunkt seiner Arbeit stehen Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsmechanismen, das Paradigma der Abschreckung sowie euroatlantische und europäische Sicherheit. Konkret forscht Kühn unter anderem zu Sicherheitsmechanismen zwischen der Nato und Russland und zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa.

Russland fühlt sich bedroht und rüstet weiter auf – und so geht das dann hin und her. Mehr Sicherheit erreichen wir so nicht.

Vor 40 Jahren, im Januar 1982 veröffentlichte die DDR-Friedensbewegung den Appell „Frieden schaffen ohne Waffen“. Heute klingen die Antworten auf den Ukraine-Krieg eher nach: Frieden schaffen nur mit Waffen. Haben Dialog und Diplomatie denn gar keine Chance? „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist aus meiner Sicht eine sehr verkürzte Sichtweise, auf deren alleiniger Basis wir keine Konzepte vorantreiben sollten. Denn natürlich können auch Waffen den Frieden sichern. Politiker wie Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger haben aber richtigerweise gesagt: Nur weil die Diplomatie im Falle Russlands gescheitert ist und vielleicht auch wiederholt scheitert, ist sie nicht falsch. Sie muss immer Alternativen zum Kriegsgeschehen aufzeigen.

Diplomatie setzt aber auch voraus, dass die Verhandlungspartner zu Gesprächen und Kompromissen bereit sind. Putin signalisiert nichts dergleichen.

Im Moment scheint es tatsächlich, als würde er weiterhin seine Maximalforderungen vorantreiben. Trotzdem ist es wichtig, seine Haltung immer wieder zu testen, wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz es in ihren Telefonaten tun. Voraussetzung für einen Dialog ist aber auch, dass der Westen seine Haltung klärt. Welche Ergebnisse dieses Krieges sind für uns akzeptabel? Was bedeutet der Satz „Die Ukraine muss gewinnen“ konkret? Wie kann ein Zustand geschaffen werden, in dem Wagner nicht mehr zwangsläufig nötig sind? Welche politischen Faktoren könnten zu einem Waffenstillstandsabkommen führen? Auf diese Fragen müssen auch wir im Westen dringende Antworten finden.

Die Bundesregierung bekennt sich einseitig zur nuklearen Abrüstung, andererseits muss sie auf den russischen Expansionsdrang, Bündnisverpflichtungen und eine Bevölkerungsmehrheit reagieren, die angesichts der russischen Aggression mehr Aufrüstung befürwortet. Wie soll sie dieses Dilemma lösen?

Das ist ein schwieriger Spagat. Aber es ist extrem wichtig, dass es Staaten wie Deutschland gibt, die als ehrlicher Mittler zwischen den unterschiedlichen Positionen auftreten können. Mit Blick auf die Probleme, vor denen wir global stehen – Klimawandel, Pandemie, Migration – darf die Weltgemeinschaft ihre Zeit und Ressourcen nicht ausschließlich für Blockkonfrontationen und Aufrüstungsprogramme aufwenden. Wir müssen uns diesen Themen dringend zuwenden. Noch mehr als Waffen brauchen wir daher in naher Zukunft wieder Austausch, Dialog und Diplomatie.

Das Gespräch führte Johanna Metz.

Es ist noch nicht lange her, dass sich die Nato vor Nachrufen kaum retten konnte. „Obsolet“ nannte sie der ehemalige US-Präsident Donald Trump. Heute ist das anders. Seit dem Amtsantritt von Joe Biden hat die Idee eines geeinten Westens in Washington wieder Konjunktur und Amerika sieht sich in der altbekannten Führungsrolle. Vor allem hat der russische Überfall auf die Ukraine den westlichen Alliierten klargemacht, dass es keine Bestandsgarantie für die so lange geltende Nachkriegsordnung gibt. Kremlchef Wladimir Putin hat mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zumindest eines erreicht: Die Nato steht zusammen, eine Mitgliedschaft gilt auf einmal wieder als erstrebenswert.

In einer Rede nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine Ende Februar schwor Biden, „jeden Zentimeter“ Nato-Gebiet zu verteidigen. Man werde die Ukraine unterstützen, aber keine Truppen in das Nicht-Nato-Land schicken. Einen Monat später erklärte er im ukrainischen Nachbarland Polen, der Nato-Beistand sei „eine heilige Verpflichtung“. Die Grenzen sind damit klar gezogen: Einmal in der Nato können sich die Mitglieder darauf verlassen, von den Alliierten verteidigt zu werden – mit den USA an vorderster Stelle. Die USA sind zweifelsohne das Fundament der Nato. Mit rund 658 Milliarden Euro gab Washington im vergangenen Jahr rund 2,4 Mal so viel Geld für Verteidigung aus wie alle anderen 29 Nato-Partner zusammen und hatte mit 3,7 Prozent auch den mit Abstand höchsten Anteil der Verteidigungsausgaben an der nationalen Wirtschaftsleistung. Die Forderung, die Lasten im Bündnis fairer zu verteilen, ist auch nach Trumps Ausscheiden aus dem Weißen Haus geblieben. Denn die innenpolitischen Herausforderungen sind gewaltig – und die Lust der amerikanischen Bevölkerung auf außenpolitische Abenteuer gering. Daher ist die Zusage unter anderem von Deutschland, mehr in die eigene Verteidigungsfähigkeit zu investieren, in ihrer Wirkung nicht zu überschätzen.

Washington führt wieder Beim Nato-Gipfel in Madrid Ende Juni unterstrich Biden, dass Putins Plan, die Nato zu schwächen, fehlgeschlagen sei. Fünf Monate nach Kriegsbeginn lautet die Zwischenbilanz: Bei der Verteidigung der Ukraine führt Washington erfolgreich und hält das Bündnis zusammen. Sichtbares Zeichen der gewachsenen Nato-Begeisterung sind die beschlossenen Beitritte der bisher neutralen Länder Finnland und Schweden. Die Zahl der in Russlands Nachbarländern stationierten US-Truppen ist wieder angestiegen – auch das ist das Gegenteil von dem, was Putin eigentlich erreichen will.

Das bedeutet aber nicht, dass die Konfrontation mit China, von der Biden-Regierung eigentlich als die Herausforderung der kommenden Jahre beschrieben, an Relevanz verloren hat. Der amerikanische „Pivot to Asia“, der sich vor allem darum dreht, wie Chinas hegemoniale Machtanspruch eingedämmt werden kann, spielt weiter eine zentrale Rolle in der amerikanischen Außenpolitik – das zeigt schon die Tatsache, dass sich in der derzeitigen Regierung US-Medien zufolge rund dreimal so viele Experten mit dem Indo-Pazifik beschäftigen wie mit anderen Weltregionen. Bei ihrem Treffen in Madrid, bei dem erstmals auch asiatische Verbündete teilnahmen, bezeichnete die Nato China erstmals als „strategische Herausforderung“. An dieser Formulierung wurde bereits seit November 2020 gefeilt. Dann brach der Ukraine-Krieg aus und verkomplizierte die Weltlage. In ihrem neuen Strategischen Konzept warnt die Allianz nun davor, dass „die sich vertiefende strategische Partner-



US-Präsident Joe Biden will wieder führen – und den Einfluss Pekings und Moskaus begrenzen.

© picture-alliance/AP/Petr David Josef

schaft“ zwischen der Volksrepublik und Russland die regelbasierte Weltordnung, westliche Werte und Interessen bedrohe. So gesehen lieferte die Ukraine-Krise Biden einen neuen Anlass, die Alliierten nicht nur in Europa stärker unter amerikanischer Führung zusammenzubringen. Inzwischen unterstützen auch Singapur, Südkorea, Australien und Japan die diplomatische Front gegen Russland und massive Wirtschaftssanktionen – gerade mit Blick auf Waffenlieferungen ist das von großer Be-



Wir betrachten Artikel fünf als eine heilige Verpflichtung, und darauf können Sie sich verlassen.

Joe Biden bei seinem Besuch in Polen März 2022

deutung. Wohl unbestritten ist, dass derzeit nur die USA in der Lage sind, eine solche Koalition zu schmieden. 2014, als Russland die Krim besetzte, weigerte sich Japan noch, die Sanktionen mitzutragen. Der jetzige Sinneswandel hat viel mit dem aggressiver auftretenden China zu tun – und mit der Hoffnung, dass die USA hier gegenhalten werden. Allerdings gibt es auch Sorgen, dass zwei sich gleichzeitig verschärfende Großkrisen selbst die Supermacht Amerika überfordern könnten. Das verunsichert vor allem Chinas unmittelbare Nachbarn wie etwa Taiwan.

Die Biden-Regierung folgt der Überzeugung, dass Europa stärker eingebunden werden muss, um den Herausforderungen im indopazifischen Raum zu begegnen. Ein Beispiel dafür ist AUKUS, das Sicherheitsabkommen zwischen den USA, Großbritannien und Australien, in dem im September 2021 eine stärkere Zusammenarbeit bei der Entwicklung und dem Einsatz von Atom-U-Booten beschlossen wurde. Wie groß Washingtons Erwartungen an Abkom-

men wie diese sind, hat Bidens Nationaler Sicherheitsberater Jake Sullivan verdeutlicht, als er die zunehmende Verzahnung der beiden Weltregionen als Bidens außenpolitisches Vermächtnis beschrieb. Die Frage bleibt indes, ob diese Integration eine dauerhafte Entwicklung oder nur eine vorübergehende Reaktion auf die russischen Aggressionen ist – und wo die Grenzen liegen. Bei Bidens Asien-Reise im Mai, bei der er die engen Verbündeten Südkorea und Japan besuchte und engere Wirtschaftsbeziehungen knüpfte, traf der US-Präsident in Tokio auch mit seinem indischen Kollegen zusammen. Biden warb für mehr Zusammenarbeit, indem er erklärte, man stehe gemeinsam im „Wettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien“. Dennoch pflegt Indien weiter enge Kontakte mit Russland, unter anderem bezieht die Atommacht dort rund 60 Prozent ihrer Rüstungsimpporte.

Juliane Schäuble

Die Verfasserin ist US-Korrespondentin des Tagesspiegels.

Die US-Nato

AMERIKAS ROLLE Putins Ukraine-Krieg hat die Allianz wiederbelebt. Doch China bleibt die große Herausforderung

Gebrochene Versprechen

AFGHANISTAN 20 Jahre Krieg ohne Ergebnis

Wenige Wochen nach Kabuls Fall, im September 2021, beschloss die Nato ihr 20 Jahre langes Engagement in Afghanistan „umfassend zu evaluieren.“ Bereits im November lag das Ergebnis vor: Die Nato habe in Afghanistan „die immense Stärke der Alliierten demonstriert, wenn sie ein gemeinsames Ziel verfolgen“, heißt es in einer öffentlichen Bekanntmachung. Das katastrophale Ende des Einsatzes, hingegen, wird auf die zu weit ausgreifende „Ambition ein stabiles Afghanistan aufzubauen“ zurückgeführt. Künftig solle die Allianz ihre Missionen zurückhalten, die politischen und kulturellen Normen vor Ort berücksichtigen. Nato-Quellen geben ehrlicherweise zu, dass der Bericht keine von allen Alliierten geteilte Meinung wiedergebe.

Die Meinungsverschiedenheiten existierten lange vor dem Afghanistan-Krieg. Sie begleiteten jede Phase des Einsatzes, und sie trugen erheblich zu dessen Misserfolg bei. Die USA führten am Hindukusch von Anfang an einen „Krieg gegen den Terror“. Das Ziel war die Al-Qaida-Infrastruktur zu zerstören und den Terrorstrippenzieher Osama bin Laden zu eliminieren. Andere Staaten wollten dagegen keinen Krieg führen, sondern einen stabilen Staat in Afghanistan aufbauen, damit das Land am Ende nicht wieder ins Chaos stürze.

Kämpfen oder Aufbauen? Die Beschlüsse der internationalen Gemeinschaft spiegelten diese Differenzen und fanden einen Kompromiss. Nato-Verbündete unterstützten den Kampf der US-Truppen logistisch. Dafür akzeptierte Washington die Stabilisierungsmaßnahmen. So entstanden in Afghanistan nach 2001 zwei unabhängige Operationen und parallele Kommandostrukturen.

Neben kämpfenden Truppen agierte die internationale Schutz- und Aufbauarmee Isaf, die zunächst in der Hauptstadt Kabul für Sicherheit sorgen sollte. Bald wurde die Mission auf den Norden und Westen des Landes ausgedehnt, wo bis dahin kaum gekämpft wurde. Der erste Zivile Repräsentant der Nato in Afghanistan, Hikmet Çetin, erinnert sich, wie die ständige Suche nach Kompromissen die Einsatzkräfte lähmte. „Nachdem einmal eine politische Entscheidung getroffen ist, muss der Befehlshaber vor Ort freie Hand haben“, sagt er rückblickend. Das war am Hindukusch nicht der Fall.

Nach 2006 wurde das Isaf-Gebiet schrittweise auf das ganze Land erweitert und die Kommandostrukturen zusammengeführt. Ab diesem Zeitpunkt wurde Isaf, die auch mit dem zivilen Aufbau beauftragt war, ausschließlich US-amerikanischen und britischen Kommandeuren unterstellt, also den Nationen, die auch den Krieg weiterführten. Allmählich änderte sich der Blick der afghanischen Bevölkerung auf die Isaf-Truppen, die nun immer öfter in die Kampfhandlungen eingebunden waren.

Die militärische Komponente rückte immer mehr in den Mittelpunkt. Zwei große Militäroperationen gegen die Taliban in den Jahren 2006 und 2010 scheiterten. Kämpfende Nato-Truppen missachteten oft die lokalen Traditionen und agierten zuweilen auch am Rande des Völkerrechts. Ab 2006 intensivierte sich die Gerichte, dutzende Gefangene der Nato-Truppen seien spurlos verschwunden. Die Glaubwürdigkeit der Isaf und der kooperierenden afghanischen Politiker sank. Dass die Nato ihre politischen und wirtschaftlichen Versprechen nicht einhalten konnte, trug zum Vertrauensverlust bei. Hikmet Çetin ist sich sicher: „Hätte man konsequent in Bildung und Gesundheit investiert und Arbeitsplätze geschaffen, hätte sich das Land ganz anders entwickelt.“ Aber das Geld floss entweder in die Taschen ausländischer Experten oder korruptionsverdächtigter afghanischer Amtsträger. Philipp Münch

»Mehr Arbeitsplätze und das Land hätte sich anders entwickelt.«

Hikmet Çetin

von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zufolge hat „das Ansehen des afghanischen Staats insbesondere durch die vielfach wahrgenommene Korruption und die stets umstrittenen Wahlen“ gelitten. Münch weist als Hauptursache des Misserfolgs auf die „Abwesenheit eines festigten politischen Zentrums“ hin. Mit der Zeit entstand auch im Westen der Eindruck eines unendlichen und ergebnislosen Einsatzes. In Deutschland rebellierten sogar Mitglieder der regierenden Parteien. So sagte 2007 der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler, die Nato sei kein „Bündnis dafür, eine völkerrechtswidrige Strategie der USA zu stützen.“ Auch Hikmet Çetin kritisiert die Konzentration auf das militärische. „Sie können den Terror nicht nur mit militärischen Mitteln bekämpfen“, sagt er, „niemand suchte eine politische Lösung.“

Washington änderte seine Strategie 2009 mit Barack Obama. Nun wollten die USA schnellstens aus Afghanistan raus. Die Tötung von Bin Laden beschleunigte den Prozess. In Washingtons Augen waren die Kriegsziele erreicht. Zunächst wurde die aktive Isaf-Mission durch die passive „Resolute Support“-Mission ersetzt. Die Nato sollte die afghanische Regierung nun noch beratend unterstützen. Denn Washington hatte inzwischen andere Prioritäten.

»Die Nato ließ die afghanische Regierung fallen.«

Philipp Münch

Mit Trump kam die Wende Der neue US-Präsident Donald Trump verhandelte kurzerhand einen Friedensvertrag mit den Taliban, ohne die afghanischen Partner zu beteiligen und ohne – so der Verdacht – sich mit den Nato-Partnern zu beraten. Das sei der Wendepunkt gewesen, meint Çetin. Jahrelang betonte die Nato, der Übergangsprozess sei nicht „Kalendergetrieben“. Das änderte sich schlagartig. Trumps Nachfolger Joe Biden befahl seinen Truppen den Rückzug. „Die USA und die Nato-Verbündeten ließen die afghanische Regierung fallen“, sagt Philipp Münch

Cem Sey

Die Türkei bleibt ein schwieriger und wichtiger Partner für die Allianz

KRITIK AUS ANKARA Das Land sieht sich als eigenständige Macht, deren Zusammenarbeit mit Europa und USA nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden kann

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan bleibt auch nach der Einigung in der Nato auf die Aufnahme von Finnland und Schweden bei seiner Kritik am Westen. Die Frage stellt sich: Warum tut Erdoğan sich das an, und warum lassen die Partner sich das gefallen?

Immer wieder kritisiert Erdoğan, Deutschland, Frankreich und andere europäische Länder seien „Nester“ anti-türkischer Extremisten. Solche Äußerungen und die Einbestellung des schwedischen Geschäftsträgers wegen einer türkischen Kundgebung in Stockholm zeigen, dass die Ursachen der Spannungen zwischen der Türkei und ihren Bündnispartnern jederzeit eskalieren können. Unterschiedliche Auffassungen über das Wesen eines Rechtsstaates und die Selbsteinschätzung der Türkei als eigenständige Macht, deren Zusammenarbeit mit Europa und USA nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden kann, können jederzeit neue Eskalationen auslösen. Nach dem Krach ist vor dem Krach.

Ankara wirft Europa und insbesondere Finnland und Schweden vor, im Umgang mit türkischen Regierungsgegnern zu lasch zu sein. Die beiden Nordländer sind Zufluchtsorte für Erdogan-Gegner aller Art, von pazifistischen Intellektuellen bis zu Aktivisten aus dem Dunstkreis der terroristischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

und der Bewegung des Erdogan-Erfinders Fethullah Gülen. Deshalb drohte Erdoğan im Mai mit seinem Veto zum Nato-Beitritt der beiden Länder. Beim Nato-Gipfel in Madrid einigte er sich dann mit dem finnischen Präsidenten Sauli Niinistö und der schwedischen Ministerpräsidentin Magdalena Andersson schließlich auf einen Kompromiss. Finnland und Schweden sagten eine härtere Gangart gegen „Terroristen“ zu. Im Gegenzug machte die Türkei den Weg für die Nato-Norderweiterung frei.

Kritik ist »Terrorismus« Nach türkischer Auffassung hält sich aber vor allem Schweden nicht an die Zusagen. Andersson hatte nach Erdogans Angaben in Madrid die Auslieferung von 73 türkischen Regierungsgegnern zugesagt. Doch Anderssons Regierung ist an die Entscheidung schwedischer Gerichte gebunden. Zwei Wochen nach dem Gipfel verweigerten schwedische Richter die Auslieferung eines prominenten Gülen-Anhängers, der zu den 73 Personen auf der türkischen Wunschliste gehörte. Weil in der Türkei kein Rechtsstaat im europäischen Sinn existiert und sogar gewaltfreie Äußerungen und Aktionen als „Terrorismus“ verfolgt werden, entscheiden Richter in der EU häufig gegen Auslieferung



Nato-Mitglied Türkei kauft auch in Russland Rüstungsgüter.

© picture alliance/dpa/TASS S. Bobylev

an Ankara. Das wird sich auch nicht ändern. Finnland und Schweden verankerten in der Einigung mit der Türkei einen Hinweis auf den europäischen Rechtsrahmen für Auslieferungen: Dieser Hinweis sei die wichtigste Passage in dem dreiseitigen Dokument, schrieb der Erdogan-kritische Kommentator Yalcin Dogan in einem Bei-

trag für die türkische Nachrichtenplattform T24. Streit gibt es auch um die Forderung der Türkei nach amerikanischen Kampfflugzeugen vom Typ F-16, die von Ankara mit dem Thema der Norderweiterung verknüpft wurde. Der Kongress in Washington muss der Lieferung zustimmen, was wegen

der vielen Türkei-Kritiker unter den Abgeordneten und Sensoren unsicher ist. Während die Türkei auf die F-16-Entscheidung wartet, bemüht sich ihr Nachbar Griechenland um die Lieferung von 20 wesentlich moderneren F-35-Kampfflugzeugen aus den USA. Die Türkei darf keine F-35 haben: Washington hatte die Türkei aus dem Programm ausgeschlossen, weil sie das russische Flugabwehrsystem S-400 gekauft hat. Der Streit um die Kampfflugzeuge heizt die türkisch-griechische Rivalität in der Ägäis an. Erdoğan drohte Athen mit Krieg und will nicht mehr mit dem griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis sprechen.

Auch künftig dürfte Erdoğan im Streit mit anderen Nato-Partnern auf kontroversen Positionen verharren. Erstens profitiert er innenpolitisch, wenn er sich Nationalisten zu Hause als Wahrer türkischer Interessen in der Auseinandersetzung mit dem Westen präsentiert. Weniger als ein Jahr vor den nächsten Wahlen steckt seine Regierung wegen der Wirtschaftskrise im Umfragetief – Erdoğan braucht Themen, die ihn wieder in die Offensive bringen können. Zweitens stimmen Oppositionelle in der Türkei mit Erdoğan in der Ansicht überein, dass berechnete Interessen des Landes von westlichen Partnern ignoriert werden. Da-

zu gehört der Kampf gegen die PKK. Wenn ein Staat wie Schweden es PKK-Anhängern erlaubt, Geld zu sammeln und Anhänger zu werben, ärgert das in der Türkei nicht nur Erdoğan.

Nato ohne Türkei? Drittens betrachtet Erdogans Regierung ihr Land als für den Westen unverzichtbar: Die Türkei kontrolliert die Zufahrt zum Schwarzen Meer, was im Ukraine-Krieg wichtig geworden ist, hält Flüchtlinge aus Nahost und Asien aus Europa fern und dient als Transitgebiet für Energielieferungen aus Zentralasien nach Westen. „Ich will mir die Nato ohne die Türkei nicht einmal vorstellen“, sagte Ben Hodges, ein früherer Befehlshaber der US-Armee in Europa, dem britischen Magazin Economist.

Ein Austritt der Türkei aus der Nato kommt auch für den Präsidenten trotz aller Reibereien nicht in Frage. Der Schutz durch die Allianz, besonders durch die USA, ist für die Türkei eine wichtige Rückversicherung – wegen der direkten Nachbarschaft mit Krisenländern wie Syrien, aber auch für den Fall neuer Spannungen mit Russland.

Susanne Güsten

Die Autorin arbeitet als Korrespondentin in Istanbul.

Noch längst nicht am Ziel

ERWEITERUNG Finnlands und Schwedens Beitritt ist beschlossene Sache, doch die Türkei spielt weiter auf Zeit

Es war eine historische Wende: Lange Zeit blieben Finnland und Schweden militärisch neutral. Doch gut drei Monate nach dem russischen Angriff auf die Ukraine lieferten die beiden skandinavischen Staaten ihre Aufnahmeanträge bei der Nato ab. Die Zuerkennung des „invitee“-Status ließ nicht lange auf sich warten: Beim Nato-Gipfel stimmten alle 30 Mitgliedstaaten Ende Juni für eine Nordenerweiterung des Verteidigungsbündnisses.

Bei den nun hochoffiziell „eingeladenen“ hielt sich die Freude über dieses Tempo aber doch in Grenzen, als der Eintrittspreis unerwartet hoch ausfiel: Wie Blitz und Donner schlugen in Helsinki und Stockholm die Forderungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan nach „mehr Terrorbekämpfung“ ein – gemeint waren die Verfolgung und Auslieferung kurdischer Oppositioneller und Waffenexporte in sein Land. Nach ihrem weitgehenden Entgegenkommen und dem grünen Licht aus Ankara können sich Finnland und Schweden an der neuen Nordflanke jetzt als praktisch aufgenommen betrachten. Sie haben Teilnahmerecht bei sämtlichen Nato-Meetings. Und dass die militärische Beistandsgarantie als Herzstück der Nato erst nach Abschluss der Ratifizierungsverfahren in allen Partnerländern in Kraft tritt, bringt nach bilaterale Beistandsgarantien aus Washington und London im Norden niemanden um den Schlaf.

Überraschend verhalten ist die Reaktion von Wladimir Putin auf diese Nato-Erweiterung ausgefallen, mit der die in Schweden seit über 200 Jahren und in Finnland seit 1945 als Staatsfundament unantastbare Allianzfreiheit im Blitztempo entsorgt worden ist. Der Kreml-Chef meinte demonstrativ gelassen: „Es gibt nichts, was uns mit Blick auf eine Mitgliedschaft Finnlands und Schwedens in der Nato Sorgen machen würde. Wenn sie wollen – bitte.“ Würden dort aber Truppen stationiert und Infrastruktur eingerichtet, müsse Russland „gespiegelt antworten“. Das klang jedenfalls nicht nach unmittelbar bevorstehen-

der Aggression. Wie schnell allerdings Worte und Taten autoritär bis despotisch regierender Präsidenten die Richtung ändern können, demonstrierte sofort nach der Einigung beim Madrider Gipfel erneut Erdogan. Kaum hatte sein Außenminister Mevlüt Cavusoglu mit der schwedischen Kollegin Ann Linde und dem Finnen Pekka Haavisto ein Memorandum mit der praktisch vollständigen Erfüllung aller Forderungen Ankaras – in vagen Formulierungen und juristisch nicht bindend – unterschrieben, legte Erdogan die Latte einfach höher. Plötzlich verlangt er die Auslieferung von 73 „terrorverdächtigen“ Kurden und Mitgliedern der islamistischen Gülen-Bewegung aus Schweden statt bisher 21 (sowie zwölf aus Finnland). Ehe das nicht passiert sei, werde er dem türkischen Parlament ganz bestimmt nichts zur Ratifizierung vorlegen. Montenegro habe ja auch zwanzig Jahre auf die NATO-Mitgliedschaft warten müssen.

Erdogans Druckmittel Erdogan will das Druckmittel zur eigenen internationalen Aufwertung innenpolitisch sowie vor allem gegenüber Washington augenscheinlich noch eine Weile weiter ausreizen. Niemand zweifelt aber daran, dass irgendwann auch in Ankara das Beitrittsprotokoll für die Nordlichter ratifiziert wird. So machen sich die Militärs schon daran, praktische Konsequenzen aus der Machtverschiebung an der Nordflanke vorzubereiten. Ohnehin haben Finnland und Schweden seit vielen Jahren unterhalb der Schwelle der Mitgliedschaft eng mit der westlichen Allianz kooperiert. So hält es jetzt Micael Bydén, Oberbefehlshaber der schwedischen Armee, „für eine natürliche Überlegung“, eigene Soldaten zur Verstärkung von Nato-Einheiten ins benachbarte Baltikum zu schicken.

Finnlands militärischen Wert für die Nato zeigt allein schon die 1.340 Kilometer lange Grenze mit Russland. Während sich Schweden spätestens seit der Neutralitätserklärung König Karl XIV. Johanns 1834 aus allen Kriegen einschließlich beider Weltkriege heraushalten konnte, haben die finnischen Nachbarn bittere Kriegserfahrungen mit dem Nachbarn im Osten. 1939 gab Stalin den Befehl zur Invasion mit dem anschließenden „Winterkrieg“, gefolgt vom „Fortsetzungskrieg“ ab 1941. Dass Helsinki beim Nato-Eintritt die geforderten zwei Prozent vom Bruttonationalprodukt (BNP) für das Militär einbringen kann, nie die Wehrpflicht abgeschafft hat und die Verteidigungsbereitschaft in der Bevölkerung mit 5,5 Millionen Menschen als hoch gilt, ist diesem geschichtlichen Hintergrund zuzuschreiben. Schweden da-



Erleichterung beim Nato-Gipfel: Der türkische Präsident Erdogan (Mitte) stimmte der Nordenerweiterung zu. Mit Handschlag bestätigen Außenminister Cavusoglu und Schwedens Ministerpräsidentin Andersson ein zuvor beschlossenes Memorandum. Doch die Ratifizierung des Beitrittsprotokolls droht die Türkei zu verzögern.

gegen, mit fast doppelt so großer Einwohnerzahl, hat in den letzten Jahrzehnten kräftig abgerüstet. Die 2010 ausgesetzte Wehrpflicht gilt seit 2017 wieder. Das größte Land Skandinaviens wendet 1,2 Prozent vom BNP für das Militär auf und will die zwei Prozent bis 2028 erreichen. Legende geworden ist dazu der Satz des früheren Oberbefehlshabers Sverker Göranson aus dem Jahr 2012: „Gegen einen Angriff von außen können wir uns ungefähr eine Woche verteidigen.“ Die damals und auch noch bis kurz nach Beginn des Ukraine-

krieges stets haushohen Mehrheiten in der Bevölkerung gegen einen Nato-Beitritt sind seit dem Frühjahr genauso klaren Mehrheiten dafür gewichen. Daran hat auch der Konflikt mit der Türkei wenig geändert.

»Verrat an den Kurden« In Schweden, dem Hauptadressat der türkischen Anklage als „Herberge für Terroristen“, wirft die entgegenkommende Reaktion der Regierung aber doch für manche ein trübes Licht auf diesen Weg in eine „Wertegemeinschaft“. „Der totale Sieg für Erdogan,

eine Schande für Schweden und Verrat an den Kurden“, empört sich der sozialdemokratische Veteran Pierre Schori aus der Partei von Premier Magdalena Andersson. Schori hatte als außenpolitischer Berater des 1986 ermordeten Olof Palme sowie danach als Minister und UN-Botschafter seine Glanzzeit, als Schweden für strikte Neutralitätspolitik stand und gegen die Atomwaffen der Nato genauso opponierte wie gegen die des Sowjet-Blocks. Die als Zweijährige mit den Eltern ins Land gekommene Yekbun Alp, jetzt aktiv in der

Linkspartei, hat ihren Namen auf einer von türkischen Zeitungen veröffentlichten Liste von schwedischen Politikern gefunden, die angeblich mit der verbotenen kurdischen PKK zusammenarbeiten. Auch die Versicherungen Anderssons, niemals werde man eigene Staatsbürger an die Türkei ausliefern, ändert nichts an ihrer Reaktion: „Die Unruhe ist da, die krieg' ich nicht weg.“

Thomas Borchert

Der Autor ist Skandinavien-Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“.



Es gibt ein klares Vorher und Nachher.

Sanna Marin, finnische Ministerpräsidentin mit Blick auf den russischen Angriff auf die Ukraine

Der lange Schatten des Krieges

SERBIEN Der Nato-Einsatz im Kosovo ist völkerrechtlich umstritten, bis heute prägt er die Politik des Balkan-Staates

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ausgerufenen Zeitenwende hat eine Vorläuferin: Vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 bombardierte die Nato die Bundesrepublik Jugoslawien, die aus den heute selbstständigen Staaten Serbien und Montenegro bestand. Die damalige Zeitenwende: Es war der erste Kampfeinsatz der Nato und der erste Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach 1945. Völkerrechtlich ist er bis heute umstritten, denn die Luftangriffe erfolgten ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates. Es handelte sich auch nicht um einen „Bündnisfall“. Begründet wurde die 78-tägige Intervention vielmehr mit einer humanitären Katastrophe.

»Nie wieder Völkermord« Serbisches Militär und Paramilitär hatten seit Monaten Albaner im Kosovo attackiert, um die Sezessionsbestrebung dieser Region zu stoppen. Die Zivilbevölkerung, vor allem Kosovo-Albaner, wurde Opfer systematischer Überfälle, Vertreibungen und Massenmorde. Zwar habe sich Deutschland der Maxime „nie wieder Krieg“ verschrieben, aber es dürfe auch „nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord“ geben, rechtfertigte der damalige Außenminister Joscha Fischer (Grüne) in seiner Rede auf dem Parteitag in Bielefeld den ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr.

Die Resultate: Serbien kapitulierte. Das fast nur noch von Albanern bewohnte Kosovo wurde 2008 unabhängig. Über die Opferzahlen herrscht Uneinigkeit. Serbien spricht von 1.031 getöteten Soldaten und Polizisten sowie rund 2.500 Zivilisten. Internationale Nichtregierungsorganisationen wie Human Rights Watch beziffern die Zahl der toten Zivilisten dagegen auf rund 500. Zentrale serbische Infrastruktur wie Brücken, Telekommunikationseinrichtungen, der Belgrader Fernsehturm, Fabriken und Stromnetze lagen in Schutt und Asche.

Im Westen wurde der Nato-Angriff als Erfolg gewertet, trotz der völkerrechtlichen Bedenken. Weit über 100 Staaten haben inzwischen das Kosovo völkerrechtlich anerkannt. Nicht aber die EU-Länder Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und die Republik Zypern, die keinen Präzedenzfall für offene Minderheitenprobleme im eigenen Land schaffen wollen. Russland und China unterstützen Serbiens Wunsch, seine frühere Provinz zurückzubekommen.

Der kleine Adriastaat Montenegro, bis 2006 Juniorpartner Serbiens in der Bundesrepublik Jugoslawien, steuert heute als Nato-Mitglied und EU-Beitrittskandidat klar auf Westkurs. In Serbien, dem zentralen Land des westlichen Balkans, sieht die Lage ganz anders aus. Hier bestimmt der Nato-Angriff noch immer die Politik: Zwar ist Belgrad unter Führung des autokratisch

regierenden Präsidenten Aleksandar Vucic auch EU-Kandidat, doch pflegt es ebenso enge freundschaftliche Verbindungen zu Russland. Zuletzt hatte das EU-Parlament verlangt, Serbien müsse Sanktionen gegen Russland verhängen und am Ende auch die Selbstständigkeit des Kosovos anerkennen. Nie und nimmer, antwortete Vucic postwendend, „wir werden noch nicht einmal darüber nachdenken“. Die russische Annexion der Krim 2014 wurde von Serbien begrüßt. So wie sich Moskau die Krim zurückgeholt habe, wolle man auch das Kosovo wiederhaben, hieß es von Politikern und Medien unisono. „Die Krim ist Kosovo“, wurde im ganzen Land an die Hauswände gepinselt. Russlands Angriff auf die Ukraine wurde eins zu eins gleichgesetzt mit den Nato-Bomben mehr als zwei Jahrzehnte zuvor. „Wir werden niemals vergessen, dass die Bom-

bardierung eine Aggression auf ein souveränes Land war“, sagte Vucic Ende März zum 23. Jahrestag: „Was für eine Tapferkeit und ein Heldentum, wenn 19 Nato-Staaten ein einziges Land angreifen“, kritisierte das Staatsoberhaupt ironisch. Diesen Vergleich will Serbiens Nachbar und Dauerrivalen in der Region, das jüngste EU-Mitglied Kroatien, nicht gelten lassen. Die Opferrolle sei nur ein populistisches Narrativ, schrieb der Journalist Gordan Duhacek auf Index.hr, einem der bekanntesten unabhängigen Nachrichtenportale des Westbalkans: „Die Nato-Bombardierung war der Versuch, nach dem Völkermord 1995 im ostbosnischen Srebrenica Serbien von einem erneuten Genozid abzuhalten“. Mit dem Angriffskrieg Russlands las das nicht zu vergleichen.

In den letzten Jahren stand der Einsatz immer wieder im Mittelpunkt durch Behauptungen, die Zahl der Krebskranken in Serbien sei durch den Abwurf von Munition mit abgereichertem Uran sprunghaft gestiegen. Erst im Juni kündigte Rechtsanwalt Srdjan Aleksic an, im Namen von 3.340 an Krebs erkrankten Serben vor heimischen Gerichten gegen die Nato zu klagen. Laut dem serbischen Epidemiologen Zoran Radovanovic gibt es jedoch keinen wissenschaftlichen Beleg dafür, dass abgereichertes Uran Krebs auslöst. Auch ein dramatisches Ansteigen der Krebsrate sei nicht zu beobachten. Unabhängig davon bleibt die Erinnerung an die Nato-Bomben in dem Westbalkan-Staat allgegenwärtig. Der Kanon der wichtigsten historischen Ereignisse lautet: 1389 (Niederlage gegen die Osmanen auf dem Amselfeld), 1804 (Beginn des Aufstandes gegen die Osmanen), 1914 (Beginn des Ersten Weltkriegs), 1941 (Eintritt in den Zweiten Weltkrieg) – und eben 1999.

Thomas Brey

Der Autor war langjähriger dpa-Korrespondent für Südosteuropa.



„Kosovo ist Serbien – Krim ist Russland“, steht auf einer Hauswand in dem serbisch dominierten Norden der geteilten Stadt Mitrovica im Kosovo.

© picture alliance / T. Brey

Ein Europa, eine Armee?

VERTEIDIGUNG Russlands Krieg belebt eine alte Debatte

Russlands Angriff auf die Ukraine habe die bereits als „hirntot“ geschmähte Nato geeint, gestärkt und in ihrer Daseinsberechtigung bestätigt, heißt es dieser Tage oft. Der Krieg hat aber zugleich auch in eine alte Debatte neue Dynamik gebracht: Seit dem 24. Februar mehren sich die Stimmen derer, die sich für eine gemeinsame europäische Armee aussprechen. Europa müsse sich selbst verteidigen können, so der Tenor. Hinsichtlich der eigenen Sicherheit dürfe man sich nicht mehr nur allein auf die USA verlassen.

Eine Forderung die zuvor insbesondere der französische Präsident Emmanuel Macron wiederholt geäußert hatte: Mit Blick auf die Aggressionspolitik Russlands, das 2014 die Krim annektiert hatte, müsse die EU, ergänzend zur Nato, im Verteidigungsbereich „selbstständig handlungsfähig“ werden, mahnte Macron bereits 2017 und plädierte ein Jahr später für die Schaffung einer „wahren europäischen Armee“. In Deutschland riefen solche Vorschläge zunächst nur verhaltene Reaktionen hervor: EU-Streitkräfte seien, so Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), eine „Vision“ an der es zu arbeiten gelte, aber „kein Projekt unmittelbar für morgen“, wie auch Ursula von der Leyen (CDU), die damalige Verteidigungsministerin, betonte.

Gleichwohl – erste Ansätze dafür gibt es längst: Unter dem Eindruck des Brexits und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten begannen die Europäer im Verteidigungsbereich näher zusammenzurücken. 2017 hob die EU die ständige strukturierte Zusammenarbeit, kurz PESCO, aus der Taufe, an der sich bis auf Dänemark und Malta alle EU-Mitgliedstaaten beteiligen und im Rahmen von 60 Rüstungsprojekten kooperieren, etwa beim Drohnenbau oder bei der Cyberabwehr. Der „Strategische Kompass“, mit dem sich die EU nach zweijähriger Arbeit im März auf eine neue Sicherheitsstrategie einigte,

sieht neben einer besseren Abstimmung von Rüstungsvorhaben und Militärausgaben auch bis 2025 die Schaffung einer rund 5.000 Soldaten starken schnellen Eingreiftruppe vor. Die bereits seit 2007 existierenden, aber nie eingesetzten Battle-groups sollen so erweitert und schlagkräftiger aufgestellt werden.

Die Diskussion um eine europäische Armee geht indes weiter: Es gebe jetzt ein Zeitfenster für eine militärische Integration, drängen ihre Befürworter. Die seltene Geschlossenheit Europas gegen den Aggressor Putin gelte es zu nutzen. Als Argument führen sie Effizienzgewinne an: Es ließe sich Geld sparen, außerdem wären 27 gemeinsam agierende Staaten militärisch stärker und politisch besser legitimiert. Die Gegner europäischer Streitkräfte bezweifeln das und verweisen auf ungeklärte politische Fragen: Wer solle die EU-Armee leiten, ihre Einsätze beschließen und kontrollieren? Entscheidungsprozesse in der EU seien zu langwierig, das Europaparlament zu schwach. Und könne ein EU-Heer noch Teil der Nato sein? Doch vor allem, so argumentieren sie, müssten die EU-Staaten Souveränitätsverluste akzeptieren – und das sei sobald nicht zu erwarten.

Dessen ungeachtet gerät in der Debatte das Thema der nuklearen Abschreckung in den Fokus: Die Abhängigkeit von den USA im Rahmen der nuklearen Teilhabe solle reduziert, die EU selbst Atommacht werden, meinte CDU-Fraktionschef Friedrich Merz im Juni. Das Angebot Frankreichs, einen Dialog über die Rolle der französischen nuklearen Abschreckung für die europäische Sicherheit zu führen, habe die Bundesregierung aber „ignoriert“. Dass sich die Ampel bei der Suche nach atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen als Ersatz für die veralteten Bundeswehr-Tornado im März für einen Tarnkappenjet aus US-Produktion entschieden, könnte jedoch eine Antwort gewesen sein.

Sandra Schmid

AUFGEKEHRT

Einfach mal abschalten

Irgendwo muss er sein: Der Aus-Knopf für den Bundestag. Immerhin ist Sommerpause, da muss man auch im Parlament abschalten können. Konnte man jetzt in der Zeitung lesen. Es geht darum, mit gutem Beispiel voran zu gehen. Im Energiesparen! Wo nicht gearbeitet wird, kann das Licht aus. Und die Aufzüge braucht da auch niemand. Sofort abschalten die Dinger, fahren sonst womöglich den ganzen Tag alleine hoch und runter.

Gut, in der Pressestelle kann das Licht an bleiben, von denen verlangt so mancher Journalist auch in der Sommerpause Antworten. Den Aufzug brauchen die aber auch nicht, sitzen nämlich im Erdgeschoss. Vielleicht die Mitarbeiter der Gebäudetechnik? Die haben in jedem Betrieb eine tragende Rolle, können mit ihrem Werkzeug auch die Treppe nehmen. Doch das ist unbequem und deshalb wird einem erklärt, dass ein Aufzug kaum Energie verbraucht, wenn er nicht fährt. Ähnliches hört man von den Abgeordneten, ihren Beschäftigten, den Fraktionen und der Bundestagsverwaltung, die im Sommer angeblich nicht zwei Monate Urlaub am Stück machen können.

Überhaupt, immer diese Erklärungen. Große Gebäudekomplexe ließen sich nicht auf Knopfdruck abschalten. Für die Klimatechnik habe man neue Energiekennlinien programmieren, für die Abschaltung des Warmwassers im Bundestag in unzähligen Elektroräumen arbeiten müssen. Und auch für das Licht hatte man beim Bau wohl versäumt, einen Schalter einzubauen, wieder wurde es komplex. Dabei ginge es einfacher, wie ein Blick in die Vergangenheit zeigt: 2011 sorgte ein Baggerfahrer mit einem beherzten Hieb auf ein Kabel dafür, dass der Bundestag dunkel und für einen Tag viel Strom gespart wurde. Und so kompliziert scheint Baggerfahren nicht zu sein. *Christian Zentner*

VOR 10 JAHREN...

Soldaten zur Terrorabwehr

17.8.2012: Bundeswehr darf im Innern eingesetzt werden Während in vielen europäischen Ländern, der Einsatz der Armee im Innern schon möglich war, war er in der Bundesrepublik nur bei Naturkatastrophen oder schweren Unglücken erlaubt. Im Grundgesetz



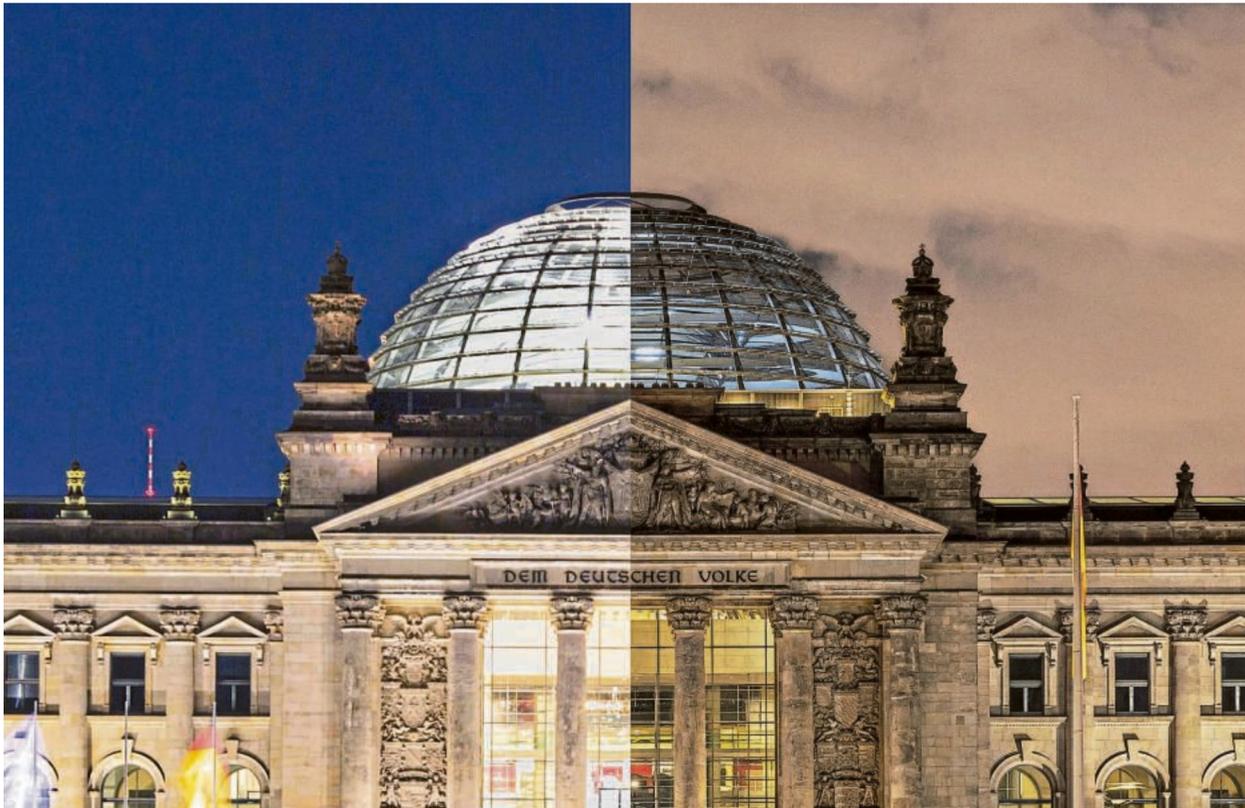
Klassischer Einsatz im Innern: Soldaten helfen nach der Flut im Ahrtal 2021.

wurde einem Einsatz der Bundeswehr im Inland enge Grenzen gesetzt, eine Lehre aus der Vergangenheit. Am 17. August 2012 hat das Bundesverfassungsgericht aber entschieden: In „äußersten Ausnahmefällen“ von „katastrophischen Dimensionen“ darf die Bundeswehr auch im Inland militärische Mittel einsetzen.

Laut Grundgesetz kann ein Bundesland etwa „bei einem besonders schweren Unglücksfall“ auch Unterstützung der „Streitkräfte anfordern“. Welche Szenarien unter diese Regelung fallen und welche Befugnisse die Bundeswehr dann hat, das wurde seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wieder intensiver diskutiert. Nun stellten die Karlsruher Richter klar, dass die Soldaten zur Abwehr von Terrorangriffen im Inland eingesetzt werden dürfen. Der Abschuss von entführten Passagiermaschinen blieb jedoch verboten. Insbesondere untersagte das Gericht, die Armee wegen Gefahren, die „von einer demonstrierenden Menschenmenge drohen“, einzusetzen.

In der Politik stieß die Entscheidung überwiegend auf positives Echo. Kritik gab es an der Regelung, dass auch in dringenden Fällen die gesamte Bundesregierung den Einsatz beschließen musste, nicht nur einzelne Minister. Aus der Union hieß es dazu: „Die Rettung von Menschenleben“ könne im Ernstfall, wenn es um Minuten geht, „nicht immer auf einen Beschluss des Bundeskabinetts warten“. Ähnlich sah es Verfassungsrichter Reinhard Gaier. Das Urteil bringe aufgrund dieser Hürde „wenig bis nichts“, stellte er sich gegen seine Kollegen. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: ENERGIESPAREN IM BUNDESTAG



Und es ward dunkel: Nach Mitternacht bleibt die Kuppel des Reichstagsgebäudes künftig unbeleuchtet.

© picture-alliance/imageBROKER/Marc Rasmus/DBT/Thomas Imo/photothek

In der Reichstagskuppel geht das Licht aus

Um 24 Uhr geht in der bislang auch nachts beleuchteten Kuppel des Reichstagsgebäudes das Licht aus. Energiesparen lautet das Motto der Stunde, dem sich auch der Bundestag verpflichtet fühlt. Angesichts der aktuellen energiepolitischen Lage hat der Ältestenrat Anfang Juli Einsparungen beim Gebäudebetrieb der Bundestagsliegenschaften beschlossen. So wird künftig etwa die Raumtemperatur in Büro- und Sitzungsräumen angepasst, die Versorgung mit Warmwasser beschränkt und eben auch die Beleuchtung reduziert. Mit dem Drücken einer weniger Knöpfe ist dies aber nicht getan. Stichwort Warmwasser: Bislang stand an den Waschbecken der Bundestagsbüros warmes Wasser zur Verfügung – erzeugt mittels eines elektrischen Durchlauferhitzers. Damit ist nun Schluss. Die Haustechniker haben in den vergangenen Tagen in einer großen Zahl von Elektroverteilerräumen in den betroffenen Liegenschaften die Anlagen manuell außer Betrieb genommen – eine sehr aufwendige Maßnahme.

Geändert werden auch die Zielgrößen für Heizungen und Klimaanlage. Zwei Grad mehr im Sommer und maximal 20 Grad in Herbst und Winter, statt bislang 22 Grad, sollen erreicht werden. Dazu müssen die Kennlinien der Raumtemperatur für Heizung und Kühlung in den IT-Programmen angepasst werden. Je nach Größe und technischer Ausstattung der Liegenschaften bedeutet dies eine längere Bearbeitungszeit. Im Reichstagsgebäude wurden die Sollwerte für den Plenarsaal und die Fraktionsitzungsäle bereits auf die angestrebten Energieeinsparwerte eingestellt. Das gleiche gilt für die Ausschusssäle im Paul-Löbe-Haus sowie die Büros des Jakob-Kaiser-Hauses, des Paul-Löbe-Hauses und des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses.

Zurück zur Reichstagskuppel: Die Kuppelbeleuchtung wird nachts, wenn die Kuppel für Besucher geschlossen ist, gelöscht. Zudem wird die künstlerische Illuminationsbeleuchtung der Kuppel komplett abgeschaltet – ebenso wie die Lichter der Nord- und Südfassade.

Die Beleuchtung der Flure, Eingangsbereiche und Treppenhäuser im Reichstagsgebäude sowie des Plenarsaals soll reduziert werden, auch während der Vorträge für Besucher. An einer dafür notwendigen Umprogrammierung der Anlagen wird derzeit gearbeitet. Klar ist jedoch auch, dass Gänge und Flure ohne Tageslicht, Keller und Tunnel schon aus Sicherheits- und Brandschutzgründen rund um die Uhr beleuchtet bleiben müssen.

Die Liegenschaften des Bundestages in den Parlamentsferien komplett zu schließen ist keine Option. Derartige Forderungen verkennen, dass im Bundestag auch dann gearbeitet wird, wenn keine Debatten und Ausschusssitzungen stattfinden. Zahlreiche Abgeordnete haben Termine in Berlin. Mitarbeiter der Abgeordneten, der Fraktionen und der Bundestagsverwaltung arbeiten normal weiter. Zudem wird der Bundestag täglich von 2.000 bis 3.000 Touristen besichtigt. Für sie alle müssen auch die Aufzüge zur Verfügung stehen, deren Energieverbrauch im Stand-by-Modus aber gering ist. *Götz Hausding*

LESERPOST

Zur Ausgabe 30-31 vom 25. Juli 2022, Karikatur auf Seite 12:

Wieso konnten wir nur diese Bundesampel auf die Berliner Regierungsbank wählen? Irgendwie müssen wir damals schon vom „wildem Affen“ gebissen worden sein! Nun haben wir den Salat, das Affenpockenvirus grassiert jetzt auf der Welt!

Nicht genug damit, die Bundesampel will nun bereits ab Herbst die nächste Eiszeit in Deutschland einführen! Wir sollen für die Ukraine frieren und gleichzeitig soll mit dieser Saukälte dieses Affenpockenvirus in eine Art Affen-Schockstarre fallen!

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Zur selben Ausgabe, „Sorglos am Strand“ auf Seite 1:

Die Luftverkehrsbranche hat sich ein ambitioniertes Ziel gesetzt und will bis 2050 klimaneutral werden. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag angekündigt, die Nationale Tourismusstrategie voranzubringen. Der analoge Meldeschein soll abgeschafft werden. Summa summarum: Alles effektive, effiziente Pläne in die richtige Richtung für Urlauber, die die Sehnsucht nach Abwechslung vom Alltag haben nach den harten Freiheitsbeschränkungen durch die Corona-Pandemie und endlich wieder ihren Urlaub genießen können und wollen!

Ursula Reichert, Hanau

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 22. August.

VERSTORBEN

>Trude Unruh † Bundestagsabgeordnete 1987-1990, Die Grünen/fraktionslos

Bereits am 30. November 2021 starb Trude Unruh im Alter von 96 Jahren, wie erst vergangene Woche bekannt wurde. Die Kauffrau aus Wuppertal trat zunächst 1968 der SPD bei, die sie 1973 verließ. Im selben Jahr wechselte sie zur FDP, die sie wiederum 1978 verließ. 1975 war sie Mitbegründerin des Senioren-Schutz-Bundes „Graue Panther“. Auf Grundlage eines „Sprachrohrvertrags“ wurde die Parteiloze 1987 für die Grünen über die Landesliste Nordrhein-Westfalen in den Bundestag gewählt. 1989 begründete Unruh die Partei „Die Grauen – Graue Panther“ und wurde deswegen im September desselben Jahres aus der Grünen-Fraktion ausgeschlossen. Die Partei führte Unruh bis 2007. Im Bundestag gehörte Unruh dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung an. *scr*

>Manfred Reimann † Bundestagsabgeordneter 1983-1994, SPD

Am 5. Juli starb Manfred Reimann im Alter von 94 Jahren. Der Maschinenschlosser und Geschäftsführer der IG Chemie aus Ludwigshafen trat 1957 der SPD bei, stand von 1983 bis 1990 an der Spitze der pfälzischen SPD und war zugleich von 1983 bis 1990 stellv. Vorsitzender in Rheinland-Pfalz. Von 1994 bis 2004 war Reimann Stadtrat in Ludwigshafen und von 1981 bis 1983 Landtagsabgeordneter in Mainz. Im Bundestag wirkte er im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

>Sybille Benning † Bundestagsabgeordnete 2013-2021, CDU

Am 29. Juli starb Sybille Benning im Alter von 61 Jahren. Die Diplom-Ingenieurin aus Münster trat 2001 der CDU bei, amtierte von 2015 bis 2017 als Vorsitzende des Kreisverbands Münster und als stellv. Bezirksvorsitzende der CDU Münsterland. Von 2004 bis 2013 war sie Ratsfrau ihrer Heimatstadt. Im Bundestag engagierte sich die Direktkandidatin des Wahlkreises Münster im Bildungsausschuss, dessen stellvertretenden Vorsitz sie von 2017 bis 2021 innehatte. Benning war außerdem Mitglied der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung“.

PERSONALIA

>Ursula Schulte Bundestagsabgeordnete 2013-2021, SPD

Am 9. August begeht Ursula Schulte ihren 70. Geburtstag. Die Hausfrau aus Vreden/Kreis Borken trat 1980 der SPD bei und gehörte von 2012 bis 2018 dem Regionalvorstand Westliches Westfalen an. Von 1984 bis 2004 war sie Ratsfrau in Vreden und von 1989 bis 2014 Kreistagsmitglied. Im Bundestag wirkte Schulte im Ernährungsausschuss sowie im Familienausschuss mit.

>Jürgen Gehb Bundestagsabgeordneter 1998-2009, CDU

Am 9. August wird Jürgen Gehb 70 Jahre alt. Der Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof und spätere Rechtsanwalt wurde 1987 Mitglied der CDU, war von 1994 bis 2006 Vorsitzender des Kreisverbands Kassel-Stadt und wurde 1996 stellv. Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Kurhessen-Waldeck. Von 1993 bis 1997 amtierte Gehb als Bürgermeister von Kassel. Im Bundestag engagierte sich der rechtspolitische Sprecher seiner Fraktion von 2005 bis 2009 im Rechtsausschuss. Von 2010 bis 2018 war er Sprecher des Vorstands der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

>Waltraud Lehn Bundestagsabgeordnete 1994-2009, SPD

Am 12. August vollendet Waltraud Lehn ihr 75. Lebensjahr. Die Erste Beigeordnete aus Marl wurde 1974 SPD-Mitglied und gehörte dem Vorstand des Unterbezirks Recklinghausen an. Von 1979 bis 1988 war sie Ratsfrau in Sprockhövel und amtierte von 1988 bis 1994 als Erste Beigeordnete in Marl. Die Direktkandidatin des Wahlkreises Recklinghausen II wirkte seit 1998 im Haushaltsausschuss mit.

>Barbara Imhof Bundestagsabgeordnete 1994-2002, SPD

Barbara Imhof wird am 15. August 70 Jahre alt. Die Diplom-Sozialpädagogin aus Fulda und Kreisgeschäftsführerin der dortigen Arbeiterwohlfahrt trat 1989 der SPD bei und gehörte dem Unterbezirksvorstand Fulda an. Im Bundestag engagierte sie sich im Familien-, im Petitions-, im Gesundheits- sowie im Landwirtschaftsausschuss.

>Ludwig Eich Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD

Ludwig Eich begeht am 18. August seinen 80. Geburtstag. Der Datenverarbeitungskaufmann aus Buchholz/Kreis Neuwied schloss sich 1969 der SPD an und war Mitglied des Kreisvorstands. Von 1983 bis 1990 gehörte er dem Landtag in Rheinland-Pfalz an und war von 1976 bis 2011 Mitglied des Neuwieder Kreistags. Eich wirkte im Bundestag im Finanzausschuss mit.

>Markus Meckel Bundestagsabgeordneter 1990-2009, SPD

Am 18. August wird Markus Meckel 70 Jahre alt. Der Pfarrer aus Berlin engagierte sich seit den 1970er-Jahren in der DDR-Opposition und zählte im Oktober 1989 zu den Mitbegründern der SDP bzw. SPD in der DDR. Zugleich war er stellv. bzw. geschäftsführender Vorsitzender. 1990 gehörte Meckel der ersten frei gewählten Volkskammer an und amtierte von April bis August als Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Im Bundestag engagierte er sich in den von ihm initiierten Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland bzw. zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit. Er wirkte außerdem seit 1990 im Auswärtigen Ausschuss mit und widmete sich in den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn. Von 1994 bis 2009 war Meckel Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe. Als Leiter der deutschen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der NATO war er von 1998 bis 2006 im Amt.

>Jochen Feilcke Bundestagsabgeordneter 1983-1998, CDU

Jochen Feilcke vollendet am 19. August sein 80. Lebensjahr. Der Verbandsreferent aus Berlin trat 1964 der CDU bei, wurde 1977 Vorsitzender des Kreisverbands Schöneberg und gehörte seit 1981 dem CDU-Landesvorstand an. Von 1975 bis 1983 war er Mitglied des Abgeordnetenhauses. Im Bundestag engagierte sich Feilcke u. a. im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

>Marlies Volkmer Bundestagsabgeordnete 2002-2013, SPD

Am 21. August wird Marlies Volkmer 75 Jahre alt. Die Ärztin aus Dresden schloss sich 1990 der SPD an und war von 1999 bis 2003 Vorsitzende des Unterbezirks Dresden-Elbe-Röder. Seit 2004 gehörte sie dem SPD-Landesvorstand in Sachsen an. Von 1990 bis 2002 war Volkmer Mitglied des Sächsischen Landtags. Im Bundestag engagierte sie sich im Gesundheitsausschuss. Von Ende 2005 bis 2007 gehörte sie ihrem Fraktionsvorstand an. 2022 trat sie aus der SPD aus. *Bernd Haunfelder*

SEITENBLICKE



leicht
erklärt!

Die Nato

Was ist das?



Schon seit einigen Monaten herrscht in der Ukraine Krieg.

Dabei hört man in den Nachrichten auch oft den Begriff: Nato.

Im folgenden Text wird deswegen erklärt, was die Nato eigentlich ist.

Folgende Fragen werden im Text unter anderem beantwortet:

- Was will die Nato?
- Wie arbeitet die Nato?
- Wie ist die Nato entstanden?

Was ist die Nato?



Die Nato ist eine Gruppe von Ländern.

Und zwar von Ländern in Europa und Nord-Amerika.

Im Moment sind 30 Länder Mitglied in der Nato.

Dazu gehören zum Beispiel: Deutschland, die USA und Frankreich.



Was will die Nato?

Die Länder der Nato haben sich zusammengetan. Sie wollen gemeinsame Ziele erreichen.

Das wichtigste Ziel der Nato ist: Sie will die Sicherheit ihrer Mitglieder beschützen.

Außerdem will sie verschiedene Dinge in der Welt fördern.

Vor allem:

- Frieden
- Freiheit
- Gerechtigkeit
- Demokratie

Demokratie ist eine bestimmte Art, wie ein Land regiert wird.

In einer Demokratie bestimmen alle Bürger zusammen, was im Land passieren soll.

Das machen sie zum Beispiel durch Wahlen.

Wie erreicht die Nato ihre Ziele?

Soldaten

Die Nato benutzt verschiedene Mittel, um ihre Ziele zu erreichen.

Wenn es notwendig ist, nutzt die Nato auch das Militär.

Mit dem Begriff „Militär“ ist alles gemeint, was mit Soldaten und Kriegs-Waffen zu tun hat.

Das Ziel der Nato ist es, ein sehr gutes Militär zu haben.

Denn dann greifen andere Länder die Nato-Länder wahrscheinlich nicht an.

Denn sie haben Angst, zu verlieren.



Vielleicht wird aber doch einmal ein Nato-Land von einem anderen Land mit Waffen angegriffen.

Dann gibt es bei der Nato eine besonders wichtige Regel.

Sie lautet:

Alle anderen Nato-Länder haben dann die Pflicht, gemeinsam etwas gegen den Angriff zu machen.



Außerdem macht das Militär der Nato-Länder auch Einsätze in Ländern, die nicht zur Nato gehören.

Dort helfen die Soldaten dann zum Beispiel, die Sicherheit zu bewahren.

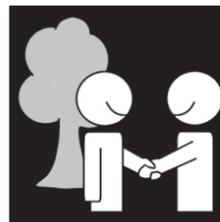


Friedliche Zusammenarbeit

Die Nato-Länder versuchen aber auch, ihre Sicherheit mit friedlichen Mitteln zu beschützen.

Sie machen zum Beispiel Partnerschaften mit anderen Ländern.

Oder sie sprechen mit anderen Ländern.



Dabei haben sie das Ziel, Probleme zu lösen, damit es nicht zu Kriegen kommt.

Auch Streitereien zwischen Nato-Ländern versucht die Nato auf diese Weise zu lösen.

Arbeits-Gruppen in der Nato

In der Nato gibt es viele verschiedene Arbeits-Gruppen.

In diesen werden die Themen der Nato besprochen und es werden Entscheidungen gefällt.

Die wichtigste Arbeits-Gruppe hat den Namen: Nord-Atlantik-Rat.

In dieser Arbeits-Gruppe sitzen Vertreter aus allen Nato-Ländern zusammen.

Sie treffen sich mindestens einmal in der Woche.

Dann sprechen sie über alles, was die Nato betrifft.

Und sie treffen wichtige Entscheidungen.



Zweimal im Jahr treffen sich auch die Außen-Minister und die Verteidigungs-Minister der Nato-Länder zu Besprechungen.

Außen-Minister und Verteidigungs-Minister sind hohe Politiker in einem Land.

Die Aufgabe vom Außen-Minister ist es, die Beziehung seines Landes zu anderen Ländern zu pflegen.

Die Aufgabe vom Verteidigungs-Minister ist es, sein Land gegen Angriffe aus anderen Ländern zu beschützen.



Etwa alle 2 Jahre treffen sich dann auch die Staats- und Regierung-Chefs der Nato-Länder zu einer großen Besprechung.





Eine andere wichtige Arbeits-Gruppe hat den Namen:
Nato-Militär-Ausschuss.

In dieser Arbeits-Gruppe sitzen hohe Soldaten aus den Nato-Ländern.

Sie besprechen alle Themen der Nato, die mit Soldaten, Krieg und dem Einsatz von Kriegs-Waffen zu tun haben.

Dann beraten sie den Nord-Atlantik-Rat.

Sie helfen ihm, Entscheidungen bei diesen Themen zu treffen.

Gründung der Nato

Die Nato wurde im Jahr 1949 gegründet.

So ist es dazu gekommen:

Im Jahr 1939 hat Deutschland andere Länder angegriffen und so den Zweiten Welt-Krieg angefangen.

Das war ein großer Krieg. Er ging bis zum Jahr 1945.

Viele Länder auf der Welt haben gegeneinander gekämpft.

Auf der einen Seite zum Beispiel:

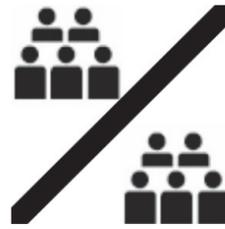
- Deutschland
- Italien
- Japan

Auf der anderen Seite zum Beispiel:

- Frankreich
- Groß-Britannien
- die USA
- ein Land mit dem Namen Sowjet-Union

Dieses Land gibt es heute nicht mehr. Es hat sich in mehrere Länder aufgeteilt. Das größte dieser Länder ist Russland.

Die USA, die Sowjet-Union und viele Länder in West-Europa kämpften im Zweiten Welt-Krieg also auf der gleichen Seite.



Das änderte sich aber nach dem Krieg.

Es bildeten sich 2 neue Gruppen auf der Welt.

In der einen waren die USA das wichtigste Land.

Zu dieser Gruppe gehörten auch die meisten Länder in West-Europa.

In der anderen war die Sowjet-Union das wichtigste Land.

Zu dieser Gruppe gehörten auch die meisten Länder in Ost-Europa.

Die beiden Gruppen waren sich nicht einig, nach welchen Regeln die Menschen auf der Welt leben sollten. Und welche Rechte sie haben sollten.

Aus diesen Fragen entstand ein Streit zwischen beiden Gruppen.

Er dauerte viele Jahre.

Diesen Streit nennt man den Kalten Krieg.

Das Wort „Krieg“ zeigt, dass der Streit sehr heftig war.



Die Länder in West-Europa machten sich Sorgen, dass die Sowjet-Union sie angreifen könnte.

Deswegen schlossen sie einen Vertrag mit den USA.

Sie beschlossen, zusammenzuhalten und sich gegenseitig zu beschützen.

So gründeten sie die Nato.

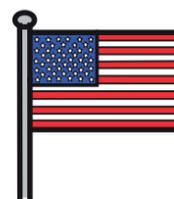
Das war am 4. April 1949.

Und zwar in Washington D.C. Das ist die Haupt-Stadt der USA.

Die Nato hatte 12 Gründungs-Länder.

Die Bundes-Republik Deutschland war damals noch nicht dabei.

Sie wurde im Jahr 1955 Mitglied der Nato.



Neue Mitglieder in der Nato

Im Laufe der Jahre sind immer mehr Länder der Nato beigetreten.

Am Anfang hatte die Nato 12 Mitglieder.

Inzwischen sind es 30.

Die meisten Länder sind in den letzten 30 Jahren dazugekommen.

Diese Länder liegen alle in Ost-Europa und Mittel-Europa.

Die Vergrößerung der Nato hat Vorteile und auch Nachteile.

Ein Vorteil ist: Wenn die Nato aus mehr Ländern besteht, kann sie mehr bewirken.

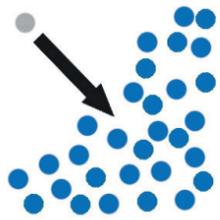
Gut ist auch: Viele der neuen Nato-Mitglieder in Ost-Europa und Mittel-Europa waren früher Gegner der Nato. Heute gehören sie dazu.

Ein Nachteil ist aber:

Direkt neben den neueren Nato-Ländern liegt Russland.

Und Russland gefällt es nicht, dass die Nato sich immer weiter nach Ost-Europa vergrößert.

In den letzten Jahren ist es deswegen immer wieder zu Streitereien zwischen Russland und der Nato gekommen.



Kritik an der Nato

Es gibt immer wieder Kritik an der Arbeit der Nato.

Die Kritiker sagen zum Beispiel:

Die Nato verlässt sich zu sehr auf Waffen und Soldaten.

Sie ist nicht so gut darin, Probleme auf friedliche Art zu lösen.

Manche Menschen finden auch: Die Nato kann gar nicht helfen, die Probleme auf der Welt zu lösen.

Zum Teil macht sie sie sogar größer.



Kurz zusammengefasst

Die Nato ist eine Gruppe von 30 Ländern.

Sie haben sich zusammengetan, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Vor allem wollen sie die Sicherheit ihrer Mitglieder beschützen.

Das machen sie zum einen durch ihr Militär.

Also durch ihre Soldaten und deren Ausrüstung.

Außerdem machen sie es auch mit friedlichen Mitteln.

Zum Beispiel durch Gespräche.

Viele Menschen halten die Nato für eine wichtige Gruppe.

Denn sie hilft, den Frieden auf der Welt zu sichern.

Es gibt aber auch Kritik an der Nato. Zum Beispiel, dass sie sich zu sehr auf ihre Waffen und Soldaten verlässt.



Weitere Informationen

in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde
in Leichte Sprache
übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Olivier Matthys. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 32-33/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 22. August 2022.